



„Rückhalt spüren“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Geschäftsbericht 2014

„Unser Antrieb ist, Ihnen den Rücken zu stärken - ganz gleich, in welcher Lebenssituation Sie sich befinden. Mit einer freundlichen gewossenschaftlichen Beratung in 32 Filialen in Ihrer Nähe. Mit professionellen Lösungen, die auf Ihre speziellen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Mit einem partnerschaftlichen Miteinander, das Ihnen auch die Möglichkeit gibt, Ihre Bank mitzugestalten. Und mit kräftiger Unterstützung für die Region, was allen Menschen, die hier leben, zugute kommt.“

Herzlich willkommen bei der Vereinigten Volksbank.“

„Rück-
halt
umsetzt
Region“

seit über
150 Jahren



die Bank

39.500
Aktionäre
setzen auf ihre Bank



Rückhalt spüren durch partnerschaftliches Miteinander
im Sinne des genossenschaftlichen Prinzips.
Was einer nicht schafft, schaffen viele gemeinsam.



Geschäftsbericht 2014

■ Die Bilanz 2014

Geschäftsvolumen	2,692 Mrd. Euro
Kundenkredite	1,531 Mrd. Euro
Kundeneinlagen	1,728 Mrd. Euro

Die ausführlichen Zahlen finden Sie auf den nächsten Seiten unseres Geschäftsberichts.

■ Inhalt

Jahresbilanz	8
Gewinn- und Verlustrechnung	11
Anhang	13
Lagebericht	25
Bericht des Aufsichtsrats	41

Rückblick auf 2014



■ Rückhalt spüren

Sehr geehrte Aktionäre, Kunden und Geschäftspartner,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2014 war ein Jahr der Niedrigzinsen. Die europäische Zentralbank (EZB) hat den Leitzins bewusst auf niedrigem Niveau beibehalten – auch deshalb, damit die Wirtschaft im Euroraum sich weiter von der Eurokrise erholt. Im Zuge dessen sind die Geldanlage- und Kreditzinsen auf ein mittlerweile historisches Rekordtief gefallen. Diese Strategie der EZB verursacht nun gleichzeitig einen weiteren Effekt: Sparen und Geldanlagen verlieren deutlich an Attraktivität. Denn ein niedriger Leitzins bedeutet letzten Endes, dass die Kapitalerträge sinken. Erneut liegt es an uns, für unsere Kunden und Aktionäre Konzepte zu entwickeln, die ihren Interessen entsprechen und ihren Bedürfnissen gerecht werden. Diese erwarten von uns Sicherheit, Stabilität und eine Geschäftspolitik, die spürbar zeigt: „**die Bank – Rückhalt unserer Region.**“

Wir haben in 2014 erneut einen wichtigen, nachhaltigen Beitrag für die Menschen und die Wirtschaft in unserer Region geleistet. Mit einem Wachstum des Kreditgeschäfts um 2,7 Prozent und einem guten Ergebnis beim Einlagenwachstum von 3,4 Prozent hat sich unser Geschäftsmodell in schwierigen Zeiten bewährt.

Zusammen mit unseren Kunden, Aktionären, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen stellen wir uns mit Optimismus den anspruchsvollen und schwierigen Aufgaben der nahen Zukunft. Daher gilt für uns auch für die kommenden Jahre: Aus den genossenschaftlichen Prinzipien und Werten wie Nähe, Professionalität, Partnerschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft generieren wir als regionale Bank die Potenziale, von denen alle unsere Partner profitieren werden.

Für die von Vertrauen geprägte Zusammenarbeit und das **Mitgestalten in vielen Dingen** bedanken wir uns bei unseren Aktionären, Kunden, Geschäftspartnern sowie bei unseren Mitarbeitern sehr herzlich!

Ihr Vorstand der Vereinigten Volksbank AG



Wolfgang Klotz
Vorsitzender



Karlheinz Sanwald
stv. Vorsitzender



Oswald Fiorini



Günther Wainowski



Der Vorstand (von links nach rechts): Karlheinz Sanwald, Wolfgang Klotz, Oswald Fiorini und Günther Wainowski

1. Jahresbilanz der Vereinigten Volksbank AG zum 31. Dezember 2014

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€	€	€	T €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			16.046.224,36		16.947
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	8.338.925,16		8.338.925,16		17.646 (17.646)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	24.385.149,52	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00		0,00		0 (0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			27.926.276,24		12.852
b) andere Forderungen			33.723.293,24	61.649.569,48	63.668
4. Forderungen an Kunden darunter: durch Grundpfandrechte gesichert Kommunalkredite	913.031.691,73 26.723.010,93			1.531.270.932,99	1.490.390 (877.055) (22.029)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0,00			0 (0)
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	0,00	0,00		0 (0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	124.559.879,81	124.559.879,81			108.095 (108.095)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	497.135.955,57	497.135.955,57	621.695.835,38		429.258 (429.258)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	0,00		0,00	621.695.835,38	0 (0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				289.147.328,73	247.287
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten	11.534.307,83 0,00			70.650.458,49	67.643 (8.586) (0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 0,00			76.800,00	77 (0) (0)
9. Treuhandvermögen darunter: Treuhandkredite	17.549,09			17.549,09	23 (23)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.058,00		5
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	1.058,00	0
12. Sachanlagen				46.440.080,47	40.369
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände				9.172.231,81	9.384
15. Rechnungsabgrenzungsposten				639.191,69	1.163
16. Aktive latente Steuern				0,00	0
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				2.643.421,49	0
Summe der Aktiva				2.657.789.607,14	2.504.806

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€	€	€	T €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			37.522,54		18.000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>739.580.037,36</u>	739.617.559,90	615.457
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		413.136.138,05			403.856
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>78.511.190,93</u>	491.647.328,98		75.377
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.108.634.350,28			1.039.944
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>127.924.774,59</u>	<u>1.236.559.124,87</u>	1.728.206.453,85	152.728
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	0,00	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				17.549,09	23
darunter: Treuhandkredite	17.549,09				(23)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.615.664,73	4.278
6. Rechnungsabgrenzungsposten				1.002.620,83	1.256
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			18.885.744,00		19.929
b) Steuerrückstellungen			0,00		173
c) andere Rückstellungen			<u>7.816.761,53</u>	26.702.505,53	11.588
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				3.104.782,51	10.801
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				20.500.000,00	17.000
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital		45.950.619,64			45.951
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		0,00			0
abzüglich eigene Aktien oder Anteile		<u>688.983,65</u>	45.261.635,99		889
b) Kapitalrücklage			63.062.042,80		63.015
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		602.084,54			602
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>22.502.603,37</u>	23.104.687,91		22.123
d) Bilanzgewinn			<u>3.594.104,00</u>	135.022.470,70	3.594
Summe der Passiva				<u>2.657.789.607,14</u>	<u>2.504.806</u>

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		34.131.994,72			34.042
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>	34.131.994,72		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>142.978.720,01</u>	142.978.720,01		145.131
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

23.000
junge Menschen
nutzen die Kraft
unserer Bank



Rückhalt spüren durch eine junge genossenschaftliche Beratung,
die für den Berufsstart, für die Ausbildung, für das Studium
und später im Beruf Flügel verleiht.



2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

	€	€	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr T €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		55.204.239,34			58.842
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>11.744.646,73</u>	66.948.886,07		12.033
2. Zinsaufwendungen			<u>24.938.641,66</u>	42.010.244,41	26.528
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.653.798,89		733
b) Beteiligungen			1.213.645,63		962
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>0,00</u>	5.867.444,52	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	0
5. Provisionserträge			21.409.700,24		21.244
6. Provisionsaufwendungen			<u>3.102.321,53</u>	18.307.378,71	3.159
7. Nettoertrag des Handelsbestands				5.420,34	-21
8. Sonstige betriebliche Erträge				2.903.040,50	3.475
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		25.131.839,60			24.247
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	1.308.752,71	<u>5.883.313,02</u>	31.015.152,62		5.694 (1.256)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>15.345.778,09</u>	46.360.930,71	14.277
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				2.879.117,48	3.763
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.519.539,76	3.032
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.343.052,71		1.929
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>0,00</u>	-2.343.052,71	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1.736.312,64		732
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>0,00</u>	-1.736.312,64	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				108.926,13	108
18. [gestrichen]				<u>0,00</u>	<u>0</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				12.145.649,05	13.799
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>0,00</u>		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag darunter: latente Steuern	0,00		5.006.939,95		5.863 (0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>105.237,10</u>	5.112.177,05	101
24a. Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>3.500.000,00</u>	<u>4.325</u>
27. Jahresüberschuss				3.533.472,00	3.509
28. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				<u>60.632,00</u>	<u>85</u>
				3.594.104,00	3.594
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0</u>
				3.594.104,00	3.594
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen			0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0</u>
34. Bilanzgewinn				<u>3.594.104,00</u>	<u>3.594</u>

Die Posten 25, 26, 29, 31 und 33 sind im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht belegt.

Rückhalt spüren durch tatkräftige Unterstützung im Rahmen unseres „Social Days“ und durch die gezielte Förderung und Unterstützung gemeinnütziger Organisationen in der Region.

110 sozialen Projekten stärkten wir 2014 den Rücken



3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Aktiengesetzes (AktG) und der Satzung der Bank.

Gemäß Art. 67 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wird die folgende im Jahresabschluss 2010 angewandte Übergangsvorschrift des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) (hier: Beibehaltungs- und Fortführungswahlrechte für bestimmte Bilanzposten und Wertansätze) entsprechend der Rechtslage vor Inkrafttreten des BilMoG wie folgt fortgeführt: Beibehaltung der steuerrechtlichen Abschreibungen (§ 279 Abs. 2 i. V. m. § 254 Satz 1 HGB a. F.) nach Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB.

Für die Geschäftsjahre 2010 bis 2013 findet seit November 2014 eine steuerliche Betriebsprüfung statt, die zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung noch nicht abgeschlossen war. Konkrete Prüfungsfeststellungen, die zu Steuernachzahlungen führen würden, lagen zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung nicht vor.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die auf EUR lautenden Barreserven wurden mit dem Nennwert angesetzt. Die Bewertung der Sorten erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag. Forderungen wurden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag – sofern Zinscharakter vorliegt – in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt wurde. Dieser Unterschiedsbetrag wird grundsätzlich planmäßig, und zwar zinsanteilig, aufgelöst. Der Anspruch auf Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens wurde mit dem Barwert ausgewiesen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde unter Berücksichtigung der steuerlichen Richtlinien eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Zusätzlich bestehen zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB. Die Wahlrechte gemäß § 340c Abs. 2 HGB und § 340f Abs. 3 HGB wurden in Anspruch genommen.

Sämtliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM-Datenservice) und Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Die Anschaffungskosten über pari bei Wertpapieren des Anlagevermögens werden linear über die Restlaufzeit bis zum niedrigeren Einlöschungskurs abgeschrieben.

Da die Wertpapiere im Girosammeldepot verwahrt werden, werden die Anschaffungskosten bei gleicher Wertpapiergattung nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente (Swap-, Termin-, Optionsgeschäfte) betreffen ausschließlich Sicherungsinstrumente und gedeckte Kundengeschäfte im Nichthandelsbestand, weshalb insoweit zum Bilanzstichtag keine imparitätische Einzelbewertung vorgenommen wurde.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs (einschließlich Derivate zur Steuerung des Zinsbuches und als Bestandteil von Bewertungseinheiten) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang würde eine unter den anderen Rückstellungen auszuweisende Drohverlustrückstellung gebildet. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum Bilanzstichtag war keine Rückstellung zu bilden.

Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wird die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt. Dazu wird bei Fälligkeit der einzelnen Teilloptionen der auf diese entfallende Prämienanteil erfolgswirksam ausgebucht.

Dienen derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) der Absicherung von Vermögensgegenständen, werden Bewertungseinheiten gebildet, sofern hierfür die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Die Bewertung dieser derivativen Finanzinstrumente erfolgt nach den Vorschriften von § 254 HGB. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewandt. Der Umfang der einbezogenen Vermögensgegenstände (Wertpapiere) als Grundgeschäfte beläuft sich auf einen Buchwert von TEUR 22.000.

Bei den gebildeten Bewertungseinheiten handelt es sich um perfekte Micro-Hedges. Grundgeschäft und Sicherungsinstrument stimmen jeweils in allen relevanten Ausstattungsmerkmalen überein. Daher fallen die gegenläufigen Zahlungsströme in Bezug auf das abgesicherte Risiko zeitkongruent an und gleichen sich vollständig aus. Im Geschäftsjahr 2014 fielen bei den Bewertungseinheiten gegenläufige Wertänderungen in Höhe von EUR 371.215 an. Die kumulierten Wertänderungen seit der Begründung der zum Bilanzstichtag bestehenden Bewertungseinheiten belaufen sich damit auf insgesamt EUR 735.453.

Aufgrund der übereinstimmenden relevanten Ausstattungsmerkmale erwartet die Bank auch künftig für die festgelegte Dauer der Sicherungsbeziehung eine wirksame Absicherung der Zahlungsstromrisiken.

Strukturierte Finanzinstrumente, die keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen (andersartigen) Risiken oder Chancen aufweisen, werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bzw. einheitliche Verbindlichkeit nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Bei den trennungspflichtigen strukturierten Finanzinstrumenten konnte aus Gründen der Unwesentlichkeit auf eine Aufspaltung und getrennte Bilanzierung der einzelnen Bestandteile verzichtet werden.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Ermittlung der Anschaffungskosten der Beteiligung an der Zweiten DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg erfolgte nach Tauschgrundsätzen mit Gewinnrealisierung.

Die Sachanlagen und die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, linear vorgenommen.

Aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderungen wurden darüberhinaus bei Gebäuden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Abschreibungen gemäß § 6b EStG für vor dem 1. Januar 2010 angeschaffte Sachanlagen wurden weitergeführt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 150 wurden voll abgeschrieben. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 150 und bis zu EUR 1.000 wurde eine Poolabschreibung nach steuerrechtlichen Vorgaben vorgenommen.

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem niedrigeren Ausgabebetrag wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeit verteilt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften werden mittels modifiziertem Teilwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete Zinssatz von 4,62 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Dieser beruht auf einem Rechnungszinsfuß gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV).

Es wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 1,00 % bis 2,50 % und eine Rentendynamik in Höhe von 2,00 % zugrunde gelegt.

Die Altersteilzeitrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels modifiziertem Teilwertverfahren mit einem Zinssatz von 4,62 % p.a. bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt. Als Rechnungsgrundlage werden die „Richttafeln Heubeck 2005 G“ zugrunde gelegt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von EUR 8.521.831 (Anschaffungskosten in Höhe von EUR 8.221.259) wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von EUR 5.878.410 saldiert.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der zu verrechnenden Vermögensgegenstände wurde das saldierungsfähige Vermögen angesetzt.

Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von EUR 2.643.421 aktiviert. Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verpflichtungen wurden mit Erfolgswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von EUR 95.294 verrechnet. Der Saldo ist unter GuV-Posten 12 ausgewiesen.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Die erstmalige Einbuchung der Rückstellung mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr erfolgte mit dem abgezinnten Betrag (Nettomethode).

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden mit dem Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Für die Umrechnung noch nicht abgewickelter Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages zugrunde gelegt.

Die sich aus der Währungsumrechnung ergebenden Aufwendungen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Erträge aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt, weil die Restlaufzeiten der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten unter einem Jahr liegen.

Der Ausweis der Ergebnisse aus der Währungsumrechnung erfolgt netto im GuV-Posten 7.

Der Jahresabschluss wurde vor Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Gegenüber dem Vorjahr wurde die Bewertung von Wertpapieren des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten über pari nicht mehr auf Basis des Marktwerts zum Bilanzstichtag vorgenommen. Stattdessen werden die Anschaffungskosten über pari nun linear über die Restlaufzeit bis zum niedrigeren Einlösungskurs abgeschrieben. Ziel ist eine gleichmäßigere Verteilung der Agiobeträge auf die Restlaufzeit.

Durch die geänderte Bewertungsmethode sind die Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens (GuV-Posten 15) um EUR 1.290.400 höher ausgewiesen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2014

(volle EUR)	Anschaffungs-/ Herstellungskosten €	Zugänge (a) Zuschreibungen (b) des Geschäftsjahres €	Umbuchungen (a) Abgänge (b) des Geschäftsjahres €	Abschreibungen (kumuliert) €	Buchwerte am Bilanzstichtag €	Abschreibungen Geschäftsjahr €
Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	799.246	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	798.188	1.058	4.382
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0	0
d) geleistete Anzahlungen	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0	0
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude	65.926.938	7.700.515 (a) 0 (b)	0 (a) 5.579.002 (b)	24.929.227	43.119.224	1.890.617
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.252.683	1.552.570 (a) 0 (b)	0 (a) 932.715 (b)	16.551.682	3.320.856	984.119
a	85.978.867	9.253.085 (a) 0 (b)	0 (a) 6.511.717 (b)	42.279.097	46.441.138	2.879.118

	Anschaffungskosten €	Veränderungen (saldiert) €	Buchwerte am Bilanzstichtag €
Wertpapiere des Anlagevermögens	246.282.600		247.035.012
Beteiligungen	67.643.138		70.650.458
Anteile an verbundenen Unternehmen	76.800		76.800
b	314.002.538	3.759.732	317.762.270
Summe a und b	399.981.405		364.203.408

D. Erläuterungen zur Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind EUR 45.674.303 Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate €	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr €	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	0	10.000.000	18.000.000	0
Forderungen an Kunden (A 4)	36.307.581	106.552.025	413.257.348	938.795.024

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 36.324.027 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr EUR 76.643.700 fällig.

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr €	Vorjahr €	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	0	0	51.204.615	36.057.759
Forderungen an Kunden (A 4)	2.005.342	1.897.356	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	0	0	105.498.552	120.796.750

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig €	davon: börsennotiert €	davon: nicht börsennotiert €	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	621.695.835	621.695.835	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	27.802.834	0	27.802.834	0

- Die Bank hält folgende Anteile an Sondervermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 KAGB im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit Anteilsquoten von mehr als 10 %:

Anlageziel	Wert der Anteile i. S. §§ 168, 278 KAGB, § 36 InvG a. F. bzw. vergleichbarer ausländischer Vorschriften (Zeitwert) €	Differenz zum Buchwert €	Erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr €
VVAG-UNIVERSAL-FONDS	274.909.387	13.564.893	3.900.000

Es handelt sich hierbei um einen Dachspezialfonds, der schwerpunktmäßig in direkte Rentenwerte nationaler und internationaler Unternehmen mit Mindestrating BB+ investiert. Außerdem sind nationale und internationale Renten-, Aktien- und Rohstofffonds sowie liquides Bankguthaben enthalten. Die Investition in Immobilienfonds ist ausgeschlossen. Beschränkungen in der täglichen Rückgabemöglichkeit bestehen nicht.

- Die Bank besitzt an folgenden Unternehmen Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 %:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	T €	Jahr	T €	
a) Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft mbH der Vereinigte Volksbank AG, Böblingen	100	2014	26	2014	0	
b) Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH der Vereinigte Volksbank AG, Böblingen	100	2014	39	2014	0	
c) Schönbuch-Immobilien GmbH, Böblingen	100	2014	26	2014	0	

Mit den genannten Unternehmen besteht ein Konzernverhältnis. Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte. Die addierten Bilanzsummen bzw. Jahresergebnisse betragen jeweils weniger als 1 % eines aufzustellenden Konzernabschlusses. Mit den unter Buchstaben a) und c) genannten Unternehmen besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Im Geschäftsjahr wurde ein Verlust in Höhe von TEUR 109 übernommen.

- Im Aktivposten „Sachanlagen“ sind Grundstücke und Bauten, welche die Bank im Rahmen eigener Tätigkeit nutzt, in Höhe von EUR 34.431.144 und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 3.320.856 enthalten.
- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ ist der Anspruch auf Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens gemäß § 37 Abs. 5 KStG mit EUR 3.480.325 als wesentlicher Einzelbetrag enthalten.
- In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Unterschiedsbeträge zwischen dem Ausgabebetrag und dem höheren Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 170.087 (Vorjahr EUR 261.111) enthalten.
- In den folgenden Aktivposten sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
5	1.012.990	1.013.350
6	2.192.000	1.095.993

- In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 12.757.044 enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 272.261.586 Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate €	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr €	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	468.193.993	5.635.234	104.783.691	158.864.856
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	26.140.226	37.046.474	15.130.190	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	19.262.439	41.694.125	65.473.570	775.939

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

- In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 1.002.621 (Vorjahr EUR 1.256.470) enthalten.
- Zu den nachrangigen Verbindlichkeiten (Passivposten 9) ergeben sich folgende Angaben:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 400.438 an.

Die Mittelaufnahmen übersteigen jeweils 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten und erfolgen zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2.000.000	€	4,40	März 2015
1.000.000	€	4,47	März 2015

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Ein Ausweis als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR erfolgt nicht. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr €	Vorjahr €	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	0	0	272.261.586	531.739.279
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	63.985	64.003	12.259	11.830

- In den Schulden (einschließlich Eventualverbindlichkeiten) sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 17.559.237 enthalten.
- Latente Steuern sind nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Den passiven Steuerlatenzen aus Differenzen beim Sachanlagevermögen stehen höhere aktive Steuerlatenzen aus Differenzen insbesondere aus der Bewertung von Kundenforderungen, Wertpapieren und Rückstellungen gegenüber.
- Das unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital beläuft sich wie im Vorjahr auf nominal 45.950.619,64 Euro und ist in 1.797.052 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von 25,57 Euro je Aktie aufgeteilt.
- Zum Bilanzstichtag befanden sich 26.945 eigene Aktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 688.983,65 (1,50 %) im Bestand. Diese wurden entsprechend § 272 Abs. 1a S. 1 und 2 HGB mit dem Eigenkapital verrechnet.
- Die Hauptversammlung am 7. Mai 2014 hat den Vorstand ermächtigt, gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 6. Mai 2019 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des Grundkapitals der Vereinigten Volksbank AG nicht übersteigen. Aufgrund dieser Ermächtigung dürfen Aktien nur erworben oder verkauft werden, wenn der Gegenwert je Aktie den Durchschnitt der an den jeweils drei vorangehenden Abrechnungstagen im Rahmen der Handelsplattform der Vereinigten Volksbank AG verwendeten und auf der Internetseite der Vereinigten Volksbank AG ausgewiesenen Rücknahmekurse (bei einem Erwerb) bzw. Ausgabekurse (bei einem Verkauf) um nicht mehr als 10 % übersteigt oder unterschreitet.
- Die Hauptversammlung am 7. Mai 2014 hat den Vorstand ermächtigt, gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 6. Mai 2019 zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck eigene Aktien von bis zu 10 % des bei Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Aufgrund dieser Ermächtigung dürfen Aktien nur erworben oder verkauft werden, wenn der Gegenwert je Aktie den Durchschnitt der an den jeweils drei vorangehenden Abrechnungstagen im Rahmen der Handelsplattform der Vereinigten Volksbank AG verwendeten und auf der Internetseite der Vereinigten Volksbank AG ausgewiesenen Rücknahmekurse (bei einem Erwerb) bzw. Ausgabekurse (bei einem Verkauf)

um nicht mehr als 10 % übersteigt oder unterschreitet. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgeübt werden. Dabei dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen. Die gesetzlichen Bestimmungen des § 71 AktG sind zu wahren.

Der Vorstand ist ermächtigt, die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Beschlusses der Hauptversammlung bedarf. Die Ermächtigung zur Einziehung kann ganz oder in Teilen ausgeübt werden. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Der Vorstand kann abweichend hiervon bestimmen, dass das Grundkapital nicht herabgesetzt wird, sondern sich der Anteil der übrigen Aktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht. Der Vorstand ist in diesem Fall berechtigt, die Angabe der Anzahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

- Im Laufe des Geschäftsjahres wurden von der Bank 31.546 eigene Aktien (1,76 % des Grundkapitals) zu durchschnittlichen Anschaffungspreisen von EUR 74,58 erworben und 39.377 eigene Aktien (2,19 % des Grundkapitals) zu durchschnittlichen Verkaufspreisen von EUR 75,66 wieder veräußert. Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich auf 1,98 % des Grundkapitals.
- Zum Bilanzstichtag waren der Bank 14.611 eigene Aktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von EUR 373.603,27 (0,81 % des Grundkapitals) verpfändet.
- Das Eigenkapital (P 12 a bis c) hat sich wie folgt entwickelt:

	Eingefordertes Kapital €	Kapitalrücklage €	Gesetzliche Rücklage €	Andere Gewinnrücklagen €
Stand 31.12.2013	45.061.397	63.015.306	602.085	22.122.905
zuzüglich Reduzierung Bestand eigener Aktien	200.239	0	0	379.698
Zuzahlungen aus Handel mit eigenen Aktien	0	46.737	0	0
Entnahmen	0	0	0	0
Stand 31.12.2014	45.261.636	63.062.043	602.085	22.502.603
nachrichtlich: darin enthaltene Kürzung Gesamtbestand an eigenen Aktien (26.945 Stück)	688.984			1.311.604

- Die im Posten 1b) und 2c) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen unterliegen den für alle Kreditverhältnisse geltenden Risikoidentifizierungs- und -steuerungsverfahren, die eine rechtzeitige Erkennung der Risiken gewährleisten.
Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen überwiegend breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden.
Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge unter 1b) zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach Einschätzung der Bank ohne Inanspruchnahme auslaufen werden.
- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Zinsswaps, Zinscaps und Devisentermingeschäfte. Die zinsbezogenen Geschäfte dienen ausschließlich der Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken. Die währungsbezogenen Geschäfte wurden im Kundeninteresse abgeschlossen bzw. dienen der Absicherung dieser Kundengeschäfte gegen Wechselkursrisiken.
- In der nachfolgenden Tabelle sind die Derivatgeschäfte (einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate), die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge angegeben. Die Adressenrisiken sind als risikogewichtete KSA-Positionswerte entsprechend den Eigenmittelvorschriften der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) angegeben.
(Angaben in Mio. EUR, die Zeitwerte enthalten keine Zinsabgrenzungen)

	Nominalbetrag Restlaufzeit				beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
- Zinsswaps (gleiche Währung) mit positiven Zeitwerten	0,0	12,0	63,0	75,0	2,3	0,0
- Zinsswaps (gleiche Währung) mit negativen Zeitwerten	0,0	92,0	76,0	168,0	-15,1	0,0
- Zinscaps	0,0	90,0	0,0	90,0	0,0	0,0
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
- Devisentermingeschäfte mit positiven Marktwerten	2,1	0,0	0,0	2,1	0,1	0,0
- Devisentermingeschäfte mit negativen Marktwerten	2,1	0,0	0,0	2,1	-0,1	0,0

Darüber hinaus wurden einheitlich zu bilanzierende strukturierte Finanzinstrumente erworben. Sie beinhalten neben einem Basisinstrument noch Zinsobergrenzenvereinbarungen (Caps) sowie Schuldner- und Gläubigerkündigungsrechte.

Im Rahmen von Bewertungseinheiten (Micro-Hedges) wurden negative Marktwerte der Zinsswaps in Höhe von TEUR 735 bei der Bewertung der abgesicherten Wertpapiere berücksichtigt.

Der unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (Aktivposten 15) erfasste Buchwert der Zinsbegrenzungsvereinbarungen (Zinscaps) beläuft sich auf TEUR 469.

Zinsswaps werden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve am Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

Für die Bewertung der Zinscaps werden Optionspreismodelle eingesetzt. Deren Einsatz erfolgt auf der Basis der allgemein anerkannten Annahmen.

- Von den Verbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte in €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	567.325.785

E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

- Die Provisionserträge aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere für die Vermittlung von Wertpapieren, Immobilien, Bausparverträgen, Versicherungen und Krediten, nehmen in der Ertragsrechnung einen festen Bestandteil ein und machen 0,4 % der durchschnittlichen Bilanzsumme aus.
- Im Posten 2 der Gewinn- und Verlustrechnung sind Aufwendungen in Höhe von TEUR 3.917 aus der vorzeitigen Beendigung eines Zinsswaps enthalten.
- In den a) Sonstigen betrieblichen Erträgen (GuV-Posten 8) und b) Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) sind folgende nicht unwesentliche Einzelbeträge enthalten:

Art	€
a) Auflösung von Rückstellungen für Prozesskosten und Rechtsrisiken	1.326.400
b) Zuführung zu Rückstellungen für Prozesskosten und Rechtsrisiken	836.259
b) Kosten Dekontaminierung des ehemaligen Parkplatzes in Sindelfingen	385.603

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit EUR 1.928.841 (Vorjahr EUR 1.426.381) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

- Die für das Geschäftsjahr ermittelten Aufzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss um EUR 88.804 vermindert (im Vorjahr um EUR 18.283 erhöht).
- In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 2.114.997 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 45.399 enthalten. Die periodenfremden Erträge betreffen im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen mit TEUR 1.706.
- Steuerrechtliche Abschreibungen gemäß § 6b EStG wurden in Höhe von EUR 446.425 aus Vorjahren beibehalten. Das Jahresergebnis wurde dadurch kaum beeinflusst. Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine nennenswerten Belastungen.

F. Sonstige Angaben

- An die Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge gewährt in Höhe von EUR 1.267.107. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen EUR 160.084.
- Die früheren Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene erhielten EUR 844.143.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2014 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 10.390.997.
- Die Kredite an Mitglieder des Vorstands betragen EUR 609.599 und an Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 2.317.451.
- Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu nicht marktüblichen Bedingungen wurden nicht abgeschlossen.
- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von:
 - Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von EUR 4.487.160
 - Verpflichtungen aus Leasinggeschäften mit Vertragslaufzeiten von maximal vier Jahren in Höhe von EUR 153.727
 - Verpflichtungen aus Mietverträgen für Immobilien in Höhe von EUR 863.000 p.a.
- Die Zahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	13	4
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	335	134
Nicht kaufmännische Mitarbeiter	4	3
	352	141

Außerdem wurden durchschnittlich 34 Auszubildende beschäftigt.

- In dem gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremium der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe, nimmt ein Vorstandsmitglied ein Mandat wahr.
- Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.
- Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt, aufgeschlüsselt in das Honorar für

	Honorar in €
die Abschlussprüfungsleistungen	239.928
andere Bestätigungsleistungen	28.505
sonstige Leistungen	18.127

- Der Name und die Anschrift des zuständigen Abschlussprüfers lauten:

Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Lauterbergstraße 1
76137 Karlsruhe

- Mitglieder des Vorstands, ausgeübter Beruf

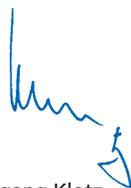
Klotz, Wolfgang	(Vorsitzender), Geschäftsleiter
Sanwald, Karlheinz	(stellvertretender Vorsitzender), Geschäftsleiter
Fiorini, Oswald	Geschäftsleiter
Wainowski, Günther	Geschäftsleiter

- Mitglieder des Aufsichtsrats, ausgeübter Beruf, ggf. Unternehmen, in dem der Beruf ausgeübt wird:

Beckmann, Dr. Joachim	(Vorsitzender), selbstständiger Ingenieur, Leinfelden-Echterdingen
Bäuerle, Volker	(stellvertretender Vorsitzender), Bürgermeister von Bad Liebenzell a. D.
Röhm, Dr. Wolfgang	(stellvertretender Vorsitzender), Zeitungsverleger der Röhm KG, Sindelfingen
Blumhardt, Karlfriedrich	angestellter Leiter des Architekturbüros Dipl. Ing. Hansjörk Schneck Freier Architekt GmbH, Leonberg
Brodbeck, Manfred	Geschäftsführer der Diakonie- und Sozialstation Schönbuchlichtung, Holzgerlingen
Dinkelaker, Werner	Geschäftsführer der Schönbuch-Bräu GmbH & Co. KG, Böblingen
Eberwein, Claus-Dieter	Rechtsanwalt in der Anwaltskanzlei Eberwein & Wüst, Leinfelden-Echterdingen
Elsässer, Eberhard	geschäftsführender Gesellschafter der Elektro-Elsässer GmbH, Sindelfingen
Früh, Jürgen	geschäftsführender Gesellschafter der Früh GmbH, Böblingen
Renz, Eckart	geschäftsführender Gesellschafter der Wilhelm Renz GmbH & Co. KG, Böblingen
Stahl, Willy	geschäftsführender Gesellschafter der RAS Reinhardt Maschinenbau GmbH, Sindelfingen
Straub, Hans-Josef	Bürgermeister von Weil der Stadt a. D.
Dörich, Bernd	Bankangestellter
Fischer, Irmtraud	Bankangestellte
Hirsch, Christoph	Bankangestellter
Meichsner, Hartmut	Bankangestellter
Vaihinger, Andrea	Bankangestellte
Welsch, Tanja	Bankangestellte

Sindelfingen, 6. Februar 2015

Vereinigte Volksbank AG
Der Vorstand



Wolfgang Klotz
Vorsitzender



Karlheinz Sanwald
stv. Vorsitzender



Oswald Fiorini



Günther Wainowski

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Vereinigten Volksbank AG, Sindelfingen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §§ 340k und 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Karlsruhe, 26. Februar 2015

Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wilhelmy
Wirtschaftsprüfer

ppa. Schmid
Wirtschaftsprüfer

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wurde in 2014 erneut durch die schwierigen internationalen Rahmenbedingungen beeinträchtigt. Neben den Folgen der europäischen Staatsschuldenkrise, welche die Konjunktur bereits in den beiden Vorjahren merklich gedämpft hatten, belasteten auch die Auswirkungen geopolitischer Konflikte das Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist 2014 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 1,5 Prozent dennoch deutlich stärker gestiegen als in den Jahren 2012 (+0,4 Prozent) und 2013 (+0,1 Prozent). Zum Anstieg der Wirtschaftsleistung trug vor allem das erste Quartal bei. Im weiteren Jahresverlauf ließ die Konjunkturdynamik allerdings spürbar nach. Auch vom Außenhandel kamen insgesamt nur verhaltene Impulse. Die Konsumausgaben blieben aber eine verlässliche Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstums.

Die privaten Konsumausgaben wurden 2014 um 1,1 Prozent (Vorjahr +0,8 Prozent) erhöht. Zur Ausweitung der Konsumausgaben trugen die nach wie vor aufwärtsgerichtete Beschäftigungsentwicklung, die zunehmenden Tarifverdienste und ein vergleichsweise geringer Anstieg der Verbraucherpreise bei. Befördert wurde die Ausgabebereitschaft der Konsumenten zudem durch eine Anhebung des Einkommensteuer-Grundfreibetrages sowie umfangreiche Grunderhöhungen und Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung.

In 2014 konnte die deutsche Wirtschaft ihren grenzüberschreitenden Handel abermals ausweiten. Sowohl die Exporte (+3,7 Prozent) als auch die Importe (+3,3 Prozent) stiegen, allerdings weniger schwungvoll als in früheren Jahren. Das Exportgeschäft wurde durch den nur schleppend in Fahrt kommenden Aufschwung im Euroraum, die in Reaktion auf den Ukraine-Konflikt ergriffenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die insgesamt schwache weltwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt.

Das Investitionsklima blieb insgesamt verhalten. Der Hauptgrund für die Zurückhaltung ist in den Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen zu sehen, die sich vor dem Hintergrund der höheren globalen Unsicherheiten im Sommer spürbar eintrübten.

Die Finanzlage der öffentlichen Hand hat sich 2014 weiter entspannt. Der Bund erzielte zum ersten Mal seit 1969 ein Jahr ohne Defizit. Der staatliche Gesamthaushalt schloss das dritte Jahr in Folge mit einem leichten Überschuss ab. Die Staatseinnahmen legten weiter zu. Auch bei den staatlichen Ausgaben war ein Anstieg zu verzeichnen. Hierzu trugen unter anderem die höheren Rentenausgaben und die deutlich zunehmenden Arbeitnehmerentgelte der Angestellten von Bund und Kommunen bei. Die Maastricht-Quote, die den öffentlichen Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt setzt, fiel mit 0,4 Prozent etwas höher aus als im Vorjahr (+0,1 Prozent). Der Bruttoschuldenstand ging im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung von 76,9 Prozent in 2013 auf 74,5 Prozent in 2014 zurück.

Am deutschen Arbeitsmarkt setzte sich der Aufschwung fort. Nach vorläufigen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes stieg die Anzahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2014 gegenüber dem Vorjahr um 371.000 auf rund 42,7 Millionen Menschen. Der Anstieg basierte vor allem auf einem deutlichen Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Anzahl der Arbeitslosen ist deswegen nur leicht gesunken. Sie ging nach ersten Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt um 52.000 auf knapp 2,9 Millionen zurück. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Prozentpunkte auf 6,7 Prozent.

Die auf Basis der jährlichen Veränderung des Verbraucherpreisindex gemessene Inflationsrate hat sich in 2014 merklich vermindert. Sie ist im Vorjahresvergleich um 0,6 Prozentpunkte auf niedrige 0,9 Prozent zurückgegangen. Hauptgrund für den Rückgang der Inflationsrate waren die Energiepreise, die vor allem in der zweiten Jahreshälfte spürbar nachgaben.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im vergangenen Jahr ihre Geldpolitik für den Euroraum noch weiter gelockert. Ausgangspunkt der neuen Maßnahmen war die auf niedrigem Niveau nachlassende Inflation bei gleichzeitig schwacher Konjunktur. In dieser Gemengelage befürchtete der geldpolitische Rat der EZB ein ernstzunehmendes Risiko dauerhaft zu niedriger Inflationsraten sowie

abnehmender Inflationserwartungen. Die europäische Notenbank begegnete diesem Risiko mit Leitzinssenkungen im Juni und September. Dabei senkte sie den Hauptrefinanzierungssatz für die Geschäftsbanken im Euroraum um insgesamt 0,2 Prozentpunkte auf 0,05 Prozent. Der Einlagesatz, d.h. der Zins für Übernachteinlagen der Geldhäuser bei der EZB, fiel in zwei Zinsschritten auf -0,2 Prozent. Erstmals verlangte die EZB damit einen Strafzins für bei der EZB geparkte Gelder. Die europäischen Notenbanker erhofften sich insbesondere vom negativen Einlagezins eine Belebung der Weitervergabe von Geldern innerhalb des Währungsraumes.

Bundesanleihen blieben in 2014 als sicherer Hafen gefragt. Über das gesamte Jahr betrachtet führte dies zu einem steten Rückgang der Renditen für Bundeswertpapiere. Die Renditen für 10-jährige Bundesanleihen fielen bis zum Jahresende um 144 Basispunkte auf 0,5 Prozent.

Trotz neuer Allzeithochs dies- wie jenseits des Atlantiks blieb an den Aktienmärkten der große Befreiungsschlag in 2014 aus. Zwar hatten sich Aktien in der ersten Jahreshälfte hoffnungsvoll entwickelt. Nachdem der DAX im ersten Quartal um die Marke von 9.400 Punkten geschwankt hatte, knackte der deutsche Leitindex im zweiten Quartal die Marke von 10.000 Punkten. Der DAX beendete das Jahr bei einem Stand von 9.806 Punkten und lag damit 2,7 Prozent höher als am Vorjahresende.

Der Euro hat in 2014 deutliche Kursverluste hinnehmen müssen. Zwar konnte sich die Gemeinschaftswährung gegenüber dem US-Dollar in der ersten Jahreshälfte noch erfolgreich über der Marke von 1,35 US-Dollar halten. In der zweiten Jahreshälfte gab der Euro aber sichtbar nach. Bis zum Jahresende fiel der Euro-Dollar-Kurs auf 1,21 US-Dollar je Euro.

Wirtschaftliche Entwicklung in der Region Stuttgart

Die konjunkturelle Entwicklung hat in den vergangenen Monaten an Schwung verloren. Die Nachfrageimpulse aus dem In- und Ausland haben in den letzten Monaten deutlich an Kraft eingebüßt. Insbesondere macht die Wirtschaft in der Eurozone kaum Fortschritte auf dem Weg zur Erholung. Die Zuspitzung des Ukraine-Konfliktes, die sowohl die Europäische Union als auch Russland zu gegenseitigen Wirtschaftssanktionen getrieben hat, sowie die Intensivierung der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten haben eine zunehmende Zahl von Unternehmen zusätzlich verunsichert und deren Investitionsneigung gebremst. Dennoch bewegt sich die hiesige Wirtschaft weiterhin auf einem hohen Niveau. Der Einzelhandel bewertet das Konsumverhalten als zurückhaltend bis saisonal üblich. Die Bau- und Dienstleistungsbranchen meldeten einen weiterhin positiven Trendverlauf. Die stabilen Beschäftigungsverhältnisse und Einkommensentwicklungen fördern das Kaufverhalten der Konsumenten, welches zu konstant guten Umsätzen führt. Die Arbeitslosenquote im Landkreis Böblingen lag z.B. bei 3,3 Prozent und damit deutlich unter dem Durchschnitt der Region Stuttgart (3,9 Prozent) und dem des Landes Baden-Württemberg (3,8 Prozent).

Kreditgenossenschaften in Baden-Württemberg

Im Laufe des Jahres 2014 haben die Genossenschaftsbanken in Baden-Württemberg einen Bilanzsummenzuwachs von 3,2 Prozent von 136 Mrd. EUR auf 140 Mrd. EUR erzielen können. Im Vorjahr betrug die Wachstumsrate 2,0 Prozent. Das bilanzielle Kundenkreditvolumen konnte 2014 um 4,8 Prozent auf 82 Mrd. EUR (Vorjahr: 79,0 Mrd. EUR) gesteigert werden. Die bilanziellen Kundeneinlagen verzeichneten einen Aufstieg um 3,1 Prozent auf 105 Mrd. EUR (Vorjahr: 102 Mrd. EUR).

Ein intensiver Wettbewerb im Einlagen- und im Kreditgeschäft sowie die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank haben das Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 beeinflusst. Das niedrige Zinsniveau führte in 2014 zu einer hohen Nachfrage von privaten Baufinanzierungen und gewerblichen Finanzierungen. Zugleich wurden bei den Kundenkrediten vermehrt vertraglich vereinbarte Sondertilgungsmöglichkeiten in Anspruch genommen. Das bilanzwirksame Kundenkreditgeschäft entwickelte sich mit einem Zuwachs von 2,7 Prozent insgesamt positiv. Die für 2014 geplanten Wachstumsziele wurden insgesamt nicht vollständig erreicht.

Das Konsumverhalten der Kunden war auch in 2014 nach wie vor hoch. Gleichzeitig fragten die Kunden trotz niedrigerem Zinsniveau klassische Anlageformen nach, so dass die bilanziellen Kundeneinlagen insgesamt um 3,4 Prozent gesteigert wurden. Die für 2014 geplanten Zuwachsraten wurden insgesamt gut erfüllt.

Die Vereinigte Volksbank AG profitierte auch in 2014 von der Zinsstrukturkurve und nutzte die damit verbundene Möglichkeit, kurzfristige Liquidität am Geldmarkt aufzunehmen und in überwiegend

2. Entwicklung der Vereinigten Volksbank AG

mittelfristigen Anlagen zu investieren. Entgegen der Prognose liegt der Zinsüberschuss über dem Niveau des Vorjahres. Wie avisiert, konnte der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, dennoch wurde die Zielgröße für 2014 nicht erreicht.

Sowohl die Personalaufwendungen als auch die anderen Verwaltungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Personalaufwendungen überschreiten auf Grund einer einmaligen Anpassung der Altersvorsorgeverpflichtungen den Planwert 2014. Die anderen Verwaltungsaufwendungen entsprechen dem für 2014 vorgesehenen Zielwert. Das Bewertungsergebnis aus Kundenkrediten und Wertpapieren fällt günstiger als im Vorjahr aus; die für 2014 kalkulierten Bewertungsaufwendungen sind nicht angefallen. Insgesamt wird ein Betriebsergebnis erzielt, welches über dem für 2014 prognostizierten Wert liegt.

	Berichtsjahr T €	2013 T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €
Bilanzsumme	2.657.790	2.504.806	2.470.359	2.253.748	2.337.796
Außerbilanzielle Geschäfte ¹⁾	177.111	179.173	139.562	164.866	130.066

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) ohne Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme der Vereinigten Volksbank AG ist im Berichtsjahr um 6,1 Prozent angestiegen.

Die Erhöhung auf der Aktivseite resultiert neben dem Anstieg der Kundenforderungen insbesondere aus Zukäufen bei den Wertpapieren, welche zur Gestaltung der Fristentransformation getätigt wurden. Im Gegenzug sind auf der Passivseite neben einem Offenmarktgeschäft mit der Deutschen Bundesbank langfristige Refinanzierungen über die genossenschaftliche Zentralbank, DZ BANK AG, Frankfurt, enthalten. Die Kundeneinlagen haben sich insgesamt erhöht.

Bei den außerbilanziellen Geschäften sind die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert, die unwiderruflichen Kreditzusagen haben sich in 2014 reduziert.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr T €	2013 T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €
Kundenforderungen	1.531.271	1.490.390	1.442.220	1.353.472	1.365.041
Wertpapieranlagen	910.843	784.640	761.449	586.794	729.014
Forderungen an Kreditinstitute	61.650	76.520	115.703	157.736	69.288

Die bilanziellen Kundenforderungen sind im Berichtsjahr um 40,9 Mio. EUR (+2,7 Prozent) gestiegen. Der Schwerpunkt der Kreditnachfrage lag aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wie im Vorjahr bei langfristigen Finanzierungen für den privaten Wohnungsbau. Eine insgesamt hohe Arbeitsplatzsicherheit und günstige Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in unserem Geschäftsgebiet haben zusätzlich stimulierend gewirkt.

Die Zuwächse bei den Krediten an die Firmenkunden stammen überwiegend aus Unternehmensfinanzierungen des regionalen Mittelstandes, welcher von der weiterhin stabilen Wirtschaft in unserer Region profitieren konnte.

Die Anlagen in Wertpapieren haben sich im Berichtsjahr durch Zukauf von Wertpapieren um 126 Mio. EUR (+16,1 Prozent) erhöht. Die Mittel für die Anlagen in Wertpapieren stammen schwerpunktmäßig aus Refinanzierungen am Geldmarkt.

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich in 2014 um 14,9 Mio. EUR (19,4 Prozent). Am Bilanzstichtag waren 45 Mio. EUR bei unserer Zentralbank, DZ Bank AG, Frankfurt, und 10 Mio. EUR bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt, angelegt.

Passivgeschäft	Berichtsjahr T €	2013 T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	739.618	633.457	550.710	398.233	534.480
Kundengelder	1.728.206	1.671.905	1.720.203	1.644.462	1.572.327
Spareinlagen	491.647	479.233	441.431	420.575	429.910
täglich fällige Einlagen	1.108.634	1.039.944	984.493	893.064	900.022
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	127.925	152.728	294.279	330.823	242.395
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	469	3.221	13.743
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.105	10.801	11.718	19.611	25.799

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Berichtsjahr um 106,2 Mio. EUR (+16,8 Prozent) angestiegen. Diese Bilanzposition beinhaltet ein Offenmarktgeschäft mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von 466 Mio. EUR. Mit einer solchen kurzfristigen Refinanzierung wurde das Dispositionsgeschäft zur Erzielung von Zinserträgen aus der Fristentransformation betrieben. Des Weiteren sind in dieser Bilanzposition langfristige Refinanzierungen bei der Zentralbank, DZ Bank AG, Frankfurt, in Höhe von 170 Mio. EUR zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken enthalten.

Bei den Kundengeldern ist in 2014 insgesamt ein Zuwachs von 56,3 Mio. EUR (+3,4 Prozent) zu verzeichnen. Der Bestand der Spareinlagen konnte um 12,4 Mio. EUR (+2,6 Prozent) gesteigert werden. Die täglich fälligen Einlagen haben sich um 68,7 Mio. EUR (+6,6 Prozent) erhöht, die Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist haben sich im Gegenzug um 24,8 Mio. EUR (-16,2 Prozent) reduziert.

Bei den verbrieften Verbindlichkeiten weisen wir nach zuletzt in 2013 endfälligen Emissionen keinen Bestand mehr aus.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Einlagen von institutionellen Anlegern. Diese sind durch Endfälligkeiten in 2014 gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Vom Gesamtbetrag der bilanziellen Kundeneinlagen entfallen ca. 83 Prozent auf Privatpersonen und ca. 13 Prozent auf Unternehmen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr T €	2013 T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	6.650	6.648	5.899	6.337	6.463
Vermittlungserträge	5.274	5.429	5.369	5.276	5.424
Immobiliengeschäft	1.602	1.768	1.389	1.568	1.688
Versicherungsgeschäft	1.607	1.487	1.808	1.528	1.601
Bauspargeschäft	1.063	1.322	1.261	1.287	1.159
Kreditvermittlungsgeschäft	832	773	797	757	700
Erträge aus Zahlungsverkehr	7.481	7.077	7.034	7.077	7.438

Die Provisionserträge aus dem Dienstleistungsgeschäft konnten in 2014 gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die für 2014 gesteckten Ziele wurden insgesamt nicht vollständig erreicht. Insbesondere bei der Vermittlung von Bausparverträgen konnte der für 2014 eingeplante Wert nicht erzielt werden.

Bei den Erträgen aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft wurde der Vorjahreswert gut erreicht. Die Erträge aus der Vermittlung von Immobilien und Bausparverträgen fielen gegenüber dem Vorjahr geringer aus. Die Erträge aus dem Versicherungsgeschäft und der Kreditvermittlung konnten gegenüber dem Vorjahr jeweils erhöht werden. Bei den Erträgen aus dem Zahlungsverkehr führten die Steigerung von Zahlungsverkehrstransaktionen aus der Umstellung auf SEPA (Single Euro Payments Area) im Februar bzw. August 2014 und eine Anpassung von Kontoführungsmodellen im letzten Quartal 2014 zu einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr.

Investitionen

Im Frühjahr 2014 haben wir in Böblingen am Friedrich-List-Platz 1 den Eingang in unsere neue Kundenhalle eröffnet, sowie die Tiefgarage und den neuen Westparkplatz in Betrieb genommen.

Parallel dazu wurde der älteste Gebäudeteil des Bankgebäudes aus den 60er Jahren abgerissen und im Laufe des Jahres 2014 wieder neu aufgebaut. Mit dem Innenausbau konnte im Dezember 2014 begonnen werden; eine Baufertigstellung ist für den Sommer 2015 vorgesehen.

Das gesamte Investitionsvolumen für Sanierung und Renovierung sowie Abbruch und Neubau der verschiedenen Gebäudeteile beträgt ca. 25 Mio. EUR. Für diese Baumaßnahmen wurde in 2014 ein Teilbetrag von ca. 7,9 Mio. EUR investiert. Der Zeit- und Kostenplan der Baumaßnahmen verläuft planmäßig.

Mit diesen Baumaßnahmen können wir nicht nur Brandschutzanforderungen und energetisch notwendige Grundsanierungen realisieren, sondern durch die Zentralisierung aller Verwaltungsbereiche in der Hauptstelle Böblingen zugleich Synergien für unsere Kunden und Mitarbeiter schaffen.

In Sindelfingen ist die Errichtung unserer neuen Hauptstelle in dem „Volksbank-Haus“ in vollem Gange. Die Anmietung und der Bezug der neuen modernen Räumlichkeiten sind für das Frühjahr 2015 eingeplant.

Das im Rahmen einer Eigenanlage erworbene Mehrfamilienhaus in Holzgerlingen, Bühlenstr. 59/1, wurde 2014 durch den Bauträger fertiggestellt. Die Kosten für diese Investition betragen ca. 2,3 Mio. EUR. Als weitere Eigeninvestition haben wir 2014 den Kaufvertrag über eine noch zu errichtende Wohnanlage in Stuttgart abgeschlossen. Die Bezugsfertigkeit ist für 2017 geplant.

Für unseren neuen SB-Standort im neuen Einkaufszentrum Mercaden in Böblingen haben wir ca. 50 TEUR investiert. Der neue Geldautomat wurde im November 2014 in Betrieb genommen.

Weitere Investitionen beziehen sich in 2014 auf den technisch bedingten Austausch von SB-Geräten mit 96 TEUR, die Möblierung mit 452 TEUR sowie die technische Büroausstattung (EDV, Geräte, Medientechnik) mit 279 TEUR.

Personal- und Sozialbereich

Zum 31. Dezember 2014 waren 356 Vollzeitbeschäftigte, 140 Teilzeitbeschäftigte, 2 Aushilfen und 37 Auszubildende für die Vereinigte Volksbank AG tätig (58,7 Prozent weiblich und 41,3 Prozent männlich).

Zum Jahresende 2014 befanden sich 26 Mitarbeiter/innen in Elternzeit.

2014 hatten wir neben dem Wechsel von 10 Mitarbeiterinnen in die Elternzeit, eine Fluktuation von 18 aktiven Mitarbeiter/innen, was einer Quote von 3,63 Prozent entspricht.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter beträgt 16,43 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei 43,13 Jahren.

Im Jahr 2014 haben wir 95 Bewerbungen um einen Praktikumsplatz erhalten. Davon konnten wir 54 jungen Menschen einen ersten Einblick in die Finanzwelt und in das Berufsleben eines Bankers ermöglichen.

In 2014 haben wir 180 Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz erhalten. Verstärkt nachgefragt wurde in diesem Jahr der Ausbildungsberuf Bankkauffrau/-mann mit der Zusatzqualifikation Allfinanz (Finanzassistent/in) und der sogenannte duale Studiengang.

13 jungen Menschen konnten wir aus diesem Bewerberkreis bereits einen Ausbildungsplatz für 2015 anbieten. 15 Auszubildende haben 2014 die Ausbildung in unserem Haus erfolgreich gestartet. Insgesamt absolvieren derzeit 37 Auszubildende ihre Ausbildung bei uns im Haus.

Im Jahr 2014 investierten wir (Stand 31.12. 2014) 1.429 Schulungstage (davon 640 interne und 665 externe Schulungstage sowie 124 Online-Schulungstage) in die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Hierfür wurden insgesamt 308.704 EUR aufgewendet.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Für die Geschäftsjahre 2010 bis 2013 findet seit November 2014 eine steuerliche Betriebsprüfung statt, die zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung noch nicht abgeschlossen war. Konkrete Prüfungsfeststellungen lagen zum Zeitpunkt der Bilanz aufstellung nicht vor.

II. Darstellung der Lage sowie der Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Vereinigten Volksbank AG

1. Gesamtbanksteuerung, Risikomanagement

Ziele und Strategien

Nach § 25 a Abs. 1 KWG hat eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation ein angemessenes und wirksames Risikomanagement zu umfassen, auf dessen Basis ein Institut die Risikotragfähigkeit laufend sicherzustellen hat. Das Risikomanagement umfasst insbesondere

1. die Festlegung von Strategien
2. Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit
3. die Einrichtung interner Kontrollverfahren
4. eine angemessene personelle und technisch-organisatorische Ausstattung des Instituts
5. die Festlegung eines angemessenen Notfallkonzepts, insbesondere für IT-Systeme und
6. angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung des Instituts ausgerichtete Vergütungssysteme.

Die Risikostrategie beruht auf einer kontinuierlichen Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken aus allen Geschäftsaktivitäten und einer ständigen Risiko-, Ertrags- und Produktivitätssteuerung. Mit Hilfe von Kennzahlen- und Limitsystemen planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Der Begrenzung der Risiken aus unserer Geschäftstätigkeit messen wir besondere Bedeutung bei. Das Risikomanagement mit den Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit ist im Bankgeschäft von erheblicher Bedeutung. Die Bank versteht dies als eine zentrale Aufgabe. Die hierfür zuständigen Organisationseinheiten berichten direkt dem Vorstand.

Das für die Vereinigte Volksbank AG umfassende Risikomanagement steht im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen.

Organisation des Risikomanagements

Um das Risikosteuerungssystem transparent und nachvollziehbar zu gestalten sowie den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden, besteht ein so genanntes Risikohandbuch für alle Steuerungsmechanismen. Dieses Handbuch ist zentraler Punkt des Risikomanagements und beschreibt die Risiken innerhalb des Bankbetriebes. Gleichzeitig schließt das Risikohandbuch wichtige organisatorische Grundlagen wie Stellenbeschreibungen und Arbeitsanweisungen, Zuordnung der Verantwortlichkeiten und das Berichtswesen ein. Die Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken erfolgt weitgehend zentralisiert unter Beachtung der funktionalen und organisatorischen Trennung in Markt und Marktfolge, welche im Geschäftsverteilungsplan des Vorstandes ebenfalls Berücksichtigung findet.

Im Kundenkreditgeschäft ist das nach den Grundsätzen und Leitlinien für die Kreditpolitik des Vorstandes durchzuführende Management bei der Kreditüberwachung angesiedelt.

Ausgangspunkt für die Risikosteuerung ist die Berechnung der Risikodeckungsmasse auf Basis der operativen Plandaten und der erwarteten Geschäftsentwicklung der Vereinigten Volksbank AG. Die maximale Risikodeckungsmasse zur Abdeckung möglicher eintretender Risiken wird nach abgestuften Risikoszenarien berechnet. Im Standardszenario basiert es vor allem auf dem laufenden Betriebsergebnis unter Einbeziehung von angemessenen Teilen des ökonomischen Eigenkapitals.

Das Steuerungssystem beruht auf den aktuellen EDV-technisch unterstützten und im Gebiet des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes umsetzbaren Steuerungskomponenten. Zusätzlich werden insbesondere bankindividuelle und selbstentwickelte Steuerungsinstrumente angewandt.

Das Steuerungssystem wird laufend weiterentwickelt. Anpassungen an verbesserte Methoden und gesetzliche Anforderungen werden regelmäßig vorgenommen.

Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen und die Tätigkeit unserer funktionsfähigen Internen Revision haben wir die Zuverlässigkeit der Steuerungsinformationen aus der ordnungsgemäßen Geschäftsabwicklung sichergestellt. Die Interne Revision arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstandes als prozessunabhängige Abteilung mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems und aller Arbeitsabläufe zu überwachen. Dadurch trägt sie auch zur Vermeidung von Vermögensverlusten bei. Hierbei werden die Regelungen der Bankenaufsicht über die „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) beachtet.

Risiken können in allen Unternehmensbereichen auftreten. Infolgedessen werden sämtliche Geschäfte und Prozesse regelmäßig dahingehend untersucht, ob und in welchem Umfang Risiken vorhanden sind.

Alle an der Durchführung des Risikomanagements beteiligten Mitarbeiter verfügen über entsprechende Qualifikationen und werden laufend geschult.

Der Gesamtvorstand ist für ein dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der betriebenen oder beabsichtigten Geschäfte der Vereinigten Volksbank AG entsprechendes funktionsfähiges Risikomanagement verantwortlich. Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat in einem festgelegten Turnus und bei wichtigem Anlass unverzüglich über die geschäftliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf etwaige Risiken.

Umgesetzte und geplante Veränderungen

Durch die Umsetzung des bundesweiten Konzepts „VR-Control“ werden die Instrumente zur Risikomessung und Risikosteuerung ständig weiterentwickelt.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat am 16. Dezember 2010 die finale Fassung der neuen Anforderungen an die Kapitalausstattung und Liquiditätsvorsorge von Banken (sogenanntes Basel-III-Paket) veröffentlicht.

Am 16. April 2013 erfolgte die Verabschiedung der in europäisches Recht umgesetzten Rahmenwerke in Form einer Richtlinie „Capital Requirements Directive“ (CRD IV) und einer Verordnung „Capital Requirements Regulation“ (CRR).

Mit den für die Vereinigte Volksbank AG daraus entstehenden erforderlichen Anpassungen wurde bereits in 2013 im Rahmen eines Projektes begonnen. Bei der Praxisumsetzung in 2014 lag der Schwerpunkt auf der Aufbereitung und Abgabe der Meldungen für die Eigenmittel, Groß- und Millionenkredite sowie der Vorbereitung der Meldung nach dem neuen Liquiditätsstandard „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR), deren Kennziffer ab Herbst 2015 von allen Banken unter Berücksichtigung eines Übergangszeitraumes verpflichtend einzuhalten ist. Die technische Umsetzung erfolgte mit Unterstützung unseres Rechenzentrums, der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe.

Steuerung und Überwachung der Risiken

Zur Steuerung und Überwachung der Risiken besteht ein geschlossenes Limitsystem, bei dem eine angemessene Verlustobergrenze im Standard-Szenario aus dem voraussichtlichen Betriebsergebnis mit vertretbaren Teilen des ökonomischen Eigenkapitals abgeleitet wird. Bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse für Stress-Szenarien werden höhere Teile des ökonomischen Eigenkapitals berücksichtigt. Die Risikodeckungsmasse wird auf die vorhandenen Risiken aufgeteilt, innerhalb des Standard-Szenarios sind für das Jahr 2014 den Adressenausfallrisiken 44 Prozent, den Marktpreisrisiken 49 Prozent, den Vertriebsrisiken 5 Prozent und den operationellen Risiken 2 Prozent zugeordnet.

Um Risikokonzentrationen vorzubeugen, bestehen darüber hinaus umfangreiche Struktur- und Kontrahentenlimite.

Alle Limite werden regelmäßig auf ihre Aussagekraft hin geprüft.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko umfasst das Risiko, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Das Adressenausfallrisiko wird aufsichtsrechtlich insbesondere durch die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR), insbesondere über die dort enthaltenen Regelungen zur Gesamtkapitalquote und den Großkrediten, quantitativ begrenzt. Darüber hinaus haben wir Instrumente im Einsatz, die der risikoorientierten Kreditbeurteilung dienen. Im Firmenkundengeschäft setzen wir – neben der maschinellen Bilanzanalyse – ein EDV-gestütztes Rating ein, das mit Hilfe von Bonitätsmerkmalen die Firmen in Risikoklassen einteilt, wodurch ungünstige Entwicklungen im Kreditportfolio erkannt werden können. Im Privatkundengeschäft wird mit Hilfe des „VR Rating Privatkunden“ ähnlich vorgegangen. Zur Steuerung der Eigenanlagen greifen wir auf externe Ratings renommierter Ratinggesellschaften zurück. Das Adressenausfallrisiko wird zum Einen anhand von permanenten Betrachtungen der Einzelengagements (Fortschreibung der identifizierten Risiken) und zum Anderen

über die mathematische Ermittlung der erwarteten und unerwarteten Verluste auf Basis der aktuellen Kreditportfoliostuktur und durch die vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten überwacht und gesteuert.

Aus dem Kundenkreditgeschäft und den Eigenanlagen ergibt sich aus dem kalkulatorischen Risiko (erwartete und unerwartete Verluste) eine Limitauslastung im Standard-Szenario zum Bilanzstichtag von ca. 83 Prozent bei einer angenommenen Haltedauer von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 95 Prozent.

Die Portfolioanalysen bezüglich Branchen, Sicherheiten, Bonitäten, Größen und Ländern ergeben keine bemerkenswerten Risiken. Bei Überschreitung einzelner Limite ist die gezielte Rückführung fester Bestandteil unserer Kreditstrategie. Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch den Vorstand in der Kreditportfoliomanagementgruppe.

Die Bank beschränkt sich beim Kauf von Wertpapieren auf solche mit guten Bonitätseinstufungen externer Ratingagenturen und überprüft diese soweit als möglich durch eigene Einschätzungen. Bei einem Downgrade der Ratingeinstufung und einer damit einhergehenden Unterschreitung des durch die Bank definierten Mindestratings erfolgt eine emittentenbezogene Entscheidung über die Beibehaltung der Anlage.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst die mögliche Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind das Refinanzierungsrisiko sowie die Termin- und die Abruf Risiken.

Das Liquiditätsrisiko wird durch die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl begrenzt. Die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 Abs. 1 Liquiditätsverordnung (LiqV) muss nach aufsichtsrechtlicher Vorgabe mindestens eine Relation von 1,0 ausweisen. Diese wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten und lag 2014 durchschnittlich bei 1,65. Somit war die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben.

Ab Herbst 2015 ist ergänzend die neue Kennziffer LCR bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken verbindlich zu beachten.

Durch den in der genossenschaftlichen Gruppe installierten Liquiditätsausgleich ist das Liquiditätsrisiko im Normalfall als gering einzustufen. Da des Weiteren aufgrund von internen Richtlinien im Dispositionsgeschäft im Normalfall Geschäfte nur in Papieren mit ausreichender Liquidität und Bonität getätigt werden, ist das Risiko der unzureichenden Werthaltigkeit und Marktliquidität von untergeordneter Bedeutung.

Für den Stressfall werden durch Szenarioanalysen die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit bezüglich einer evtl. entstehenden Liquiditätsunterdeckung ermittelt.

Marktpreisrisiko

Die Bank ist als Kreditinstitut, insbesondere aufgrund von bestehenden Inkongruenzen zwischen ihren aktiven und passiven Festzinspositionen, dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt.

Das allgemeine Zinsänderungsrisiko der Gesamtbank wird über das Verfahren der Zinselastizitätsbilanz für verschiedene Zinsszenarien mit einem Betrachtungszeitraum von 5 Jahren ermittelt und im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt. Auf Basis dieser Szenarien erfolgt auch die Risikomessung bei den verzinslichen Wertpapieren. Im Rahmen einer dynamischen Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene setzt die Vereinigte Volksbank AG verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Geschäfte mit Zinsswaps (Mikro- und Cash-Flow-Hedging) und Zinsbegrenzungsvereinbarungen zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Zinsbuches.

Parallel zur GuV-orientierten Steuerung wird eine barwertige Steuerung zur Messung des barwertigen Zinsänderungsrisikos des strategischen Zinsbuches eingesetzt. Hiermit wird auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebene unerwartete Zinsänderung von $\pm 200/-200$ Basispunkten gemessen. Das sich daraus ergebende Zinsänderungsrisiko beträgt zum 31. Dezember 2014 19,79 Prozent der Eigenmittel nach § 10 KWG.

Bei den Anlagen in Fonds wird das Risiko anhand einer von der Fondsgesellschaft ermittelten Risikokennziffer berechnet. Basis der Risikokennziffer ist der Value-at-Risk (VaR). Dieses statistische Risikomaß beschreibt den Verlust, der im Standard-Szenario mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit innerhalb einer bestimmten Haltedauer von mindestens 250 Tagen nicht überschritten wird. Eigenhandel im Sinne des aktiven Eingehens von Positionen mit der Zielsetzung, durch den kurzfristigen Wiederverkauf von erwarteten Preisänderungen zu profitieren, wird nur in einem eng begrenzten Umfang betrieben.

In den Standard-Szenarien wurde im Betrachtungszeitraum 2015 und 2016 im Szenario mit steigenden Zinsen das höchste Zinsänderungsrisiko des Zinsbuchs der Bank gemessen. Dieses führt danach zu einem Rückgang des Zinsüberschusses von bis zu 9 Prozent gegenüber einem konstanten Zinsniveau.

Bei den allgemeinen Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank führt ein Anstieg des Zinsniveaus (Standard-Szenario „Steigend“) in den beiden folgenden Geschäftsjahren zu einem Rückgang des Zinsüberschusses von bis zu 9 Prozent gegenüber einem konstanten Zinsniveau. Dieses Zinsänderungsrisiko resultiert überwiegend aus den Überhängen von mittel- und langfristigen Festzinsvereinbarungen aus dem Kundenkredit- und Eigengeschäft gegenüber den Refinanzierungsmitteln aus Kundeneinlagen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit kürzeren Zinsbindungsvereinbarungen. Aufgrund der historisch niederen Zinsstrukturkurve ist für die nächsten beiden Jahre, auch bei konstantem Zinsniveau, mit einem Rückgang des Zinsüberschusses zu rechnen. Eine Ursache sind die sukzessiv fälligen verzinslichen Kundendarlehen und Eigenanlagen, deren Wiederanlage nur mit deutlich geringeren Zinssätzen möglich ist. Eine weitere Ursache stellt der zu erwartende Margenverfall bei den Kundeneinlagen dar. Zur Erzielung der bisherigen Bestandsmargen wäre bei diversen Einlagenprodukten zunehmend die Berechnung einer „Minusverzinsung“ erforderlich. Dieses zusätzliche Risiko liegt im Vergleich des Jahres 2016 mit 2014 bei etwa 9 Prozent.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente zur Zinsbuchsteuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW-RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wäre eine Drohverlustrückstellung zu bilden. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2014 war keine Rückstellung zu bilden. Der Nachweis eines perfekten Mikro-Hedge erfolgt mittels der Critical-Term-Match-Methode.

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken werden im Kundeninteresse getätigte derivative Geschäfte vollständig geschlossen.

Währungsrisiken bestehen nur in geringem Umfang. Wesentliche Währungspositionen wurden von der Vereinigten Volksbank AG geschlossen. Bei Bedarf schließt die Vereinigte Volksbank AG gegenläufige Devisentermingeschäfte ab.

Die Limitauslastung der Marktpreisrisiken im Standard-Szenario, die insbesondere die Risiken des Zinsbuches und der Eigenanlagen beinhalten, beträgt zum Bilanzstichtag bezogen auf eine Haltedauer von 250 Tagen 70 Prozent.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten verstanden, die infolge von Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Das Management der operationellen Risiken setzt den Schwerpunkt auf regelmäßige Analyse und Identifikation der Schwachstellen zur Optimierung aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse. Schadensfälle werden zur systematischen Erkennung von Schwachstellen in einer Schadensfalldatenbank erfasst und analysiert. Des Weiteren werden wesentliche Risikofelder mittels Durchführung einer so genannten Risikoinventur identifiziert. Hierbei werden Einschätzungen zu potenziellen Schadenshöhen und deren Eintrittswahrscheinlichkeit vorgenommen. Die Bank bemisst die Risiken aufsichtsrechtlich nach dem Basisindikatoransatz.

Vertriebsrisiken

Das Vertriebsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass das geplante Kundengeschäftsergebnis nicht erreicht wird. Die Grundlage für die Beurteilung des Vertriebsrisikos bildet die auf Bestands- und Neugeschäft ausgerichtete Vertriebsplanung. Risiken können insbesondere durch nicht erreichte Neugeschäftsvolumina und Konditionsbeiträge im Kundengeschäft sowie einer Unterschreitung der Planergebnisse beim Provisionsüberschuss entstehen.

Sonstige Risiken

Sonstige Risiken ergeben sich aus konjunkturellen Entwicklungen oder aus der Gesetzgebung, aber auch aus strategischen Entscheidungen, der Nichteinhaltung von gesetzlichen Regelungen oder aus der Verwahrung von Vermögensgegenständen.

Diesen Risiken begegnen wir mit laufenden Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale und der ständigen Optimierung von Arbeitsabläufen.

Einem Rechtsrisiko wird durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare entgegen gewirkt. Bei Rechtsstreitigkeiten binden wir rechtzeitig sowohl die eigene Rechtsabteilung als auch die Rechtsabteilung unseres Verbandes oder externe Rechtsanwaltskanzleien in die Abwicklung ein.

Risikotragfähigkeit – Gesamtbild der Risikolage

Die Verteilung der Verlustobergrenzen nach Risikoarten orientiert sich an der vorhandenen Risikodeckungsmasse und den Risikostrukturen der Bank. Die Verlustobergrenzen sind in den Standard-Szenarien zum Bilanzstichtag mit 49 Prozent ausgelastet; bei einer durchgehenden Haltedauer von 250 Tagen läge die Auslastung bei 72 Prozent. Das GuV-Ergebnis liegt im Kundenkreditgeschäft wie im Vorjahr deutlich günstiger als die mittels mathematisch-statistischem Verfahren ermittelten erwarteten Verlustrisiken des Kundenkreditportfolios.

Bei den Kundenforderungen sind erkennbare Risiken ausreichend durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen abgedeckt. Im Eigengeschäft gibt es keine adressbedingten Risiken abzusichern. Marktpreisbedingten Kursrückgängen wurden durch entsprechende Abschreibungen in vollem Umfang Rechnung getragen. Für über pari erworbene Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt ergänzend eine auf die Endfälligkeit des einzelnen Wertpapiers bezogene lineare Abschreibung.

Für latente Risiken ist ein ausreichendes Deckungspotenzial vorhanden. Darüber hinaus ist auch in den nächsten Jahren nachhaltig beabsichtigt, Teile des operativen Ergebnisses zur Stärkung der ökonomischen Eigenkapitalbasis heranzuziehen.

Die Ergebnisse der Kapitalplanung 2015 bis 2019 ergeben eine ausreichende Deckung vorhandener Eigenmittel zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen.

2. Vermögenslage

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Solvabilität gemäß § 10 KWG (bis 2013) bzw. Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten (ab 2014) haben sich in den letzten 5 Jahren wie folgt entwickelt:

Eigenmittel, Solvabilität	Berichtsjahr T €	2013 T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	158.627	162.197	158.189	166.201	170.014
Haftendes Eigenkapital ²⁾		169.732	163.066	165.517	157.753
Eigenmittel (Art. 72 CRR) ³⁾	222.512				
Solvabilitätskennziffer ²⁾	%	12,5 %	12,3 %	13,2 %	13,2 %
Harte Kernkapitalquote ^{3) 4)}	10,1%	%	%	%	%
Kernkapitalquote ^{3) 4)}	10,1%	%	%	%	%
Gesamtkapitalquote ³⁾	15,1%	%	%	%	%

1) Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital)

2) bis 2013

3) ab 2014

4) Übergangsregelung nach Art. 465 CRR für 2014

Das Eigenkapital laut Bilanz hat sich im Berichtsjahr insgesamt reduziert. Neben einer erneuten Dotation des Fonds für allgemeine Bankrisiken, ist die Reduzierung der nachrangigen Verbindlichkeiten durch planmäßige Endfälligkeiten in 2014 berücksichtigt.

Die Verwendung der Begrifflichkeit „Haftendes Eigenkapital“ und somit auch die Darstellung der Entwicklung ist mit Anwendung der „Capital Requirements Regulation“ (CRR) ab dem 01. Januar 2014 entfallen.

Die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wurde mit Einführung der „Capital Requirements Regulation“ (CRR) ab dem 01. Januar 2014 angepasst.

Angemessene Eigenmittel, auch als Bezugsgröße für eine Reihe von Aufsichtsnormen, bilden neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Der Eigenmittelausstattung wird mit Umsetzung von Basel III insgesamt eine höhere regulatorische Bedeutung beigemessen. So haben alle Banken anstelle der vor 2014 geforderten Mindestkernkapitalquote von 4 Prozent im Zeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 eine Kernkapitalquote von 5,5 Prozent zu erfüllen und ab Jahresanfang 2015 in Höhe von 6 Prozent einzuhalten. Die Gesamtkapitalquote von 8 Prozent der zu unterlegenden Risiken gilt es weiterhin zu erfüllen; ab dem Jahr 2016 ist ergänzend ein Kapitalerhaltungspuffer bis zum Jahr 2019 in Höhe von weiteren 2,5 Prozent aufzubauen.

Entsprechend der „Capital Requirements Regulation“ (CRR) werden die Eigenmittelanforderungen für die Adressenausfallrisiken im Wesentlichen aus der Summe der Adressenausfallrisikopositionen auf Basis von Gewichtungen abgeleitet. Die Vereinigte Volksbank AG wendet hierbei den Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) an. Für die Bestimmung der Marktrisikopositionen verwendet die Vereinigte Volksbank AG die Standardmethode. Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das operationelle Risiko nutzt die Vereinigte Volksbank AG den Basisindikatoransatz.

Mit Einführung der „Capital Requirements Regulation“ (CRR) wurden die Abzugs- und Korrekturpositionen bei der Berechnung der Eigenmittel vollständig überarbeitet. Insbesondere entfiel damit ab dem 01. Januar 2014 auch die Kürzung von bestimmten Beteiligungen innerhalb des genossenschaftlichen Finanzverbundes. Hieraus und aus der Zuführung von Eigenkapitalbestandteilen aus dem für das Geschäftsjahr 2013 festgestellten Jahresabschluss resultiert insgesamt der deutliche Anstieg der Eigenmittel gegenüber dem Vorjahr.

Die vorgegebenen Anforderungen der „Capital Requirements Regulation“ (CRR) zur Eigenmittelausstattung wurden von uns im Berichtsjahr gut eingehalten.

Kundenforderungen

Struktur und räumlicher Umfang unseres Geschäftsgebietes ermöglichten uns weiterhin eine ausgewogene branchen- und größenmäßige Streuung unserer Ausleihungen.

Sämtliche für die Kreditvergabe bestehenden Beschränkungen, insbesondere auch die aufsichtsrechtlichen Höchstgrenzen gemäß „Capital Requirements Regulation“ (CRR), wurden während des gesamten Berichtszeitraumes eingehalten.

Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt ca. 58 Prozent. Auf Kredite an Privatkunden entfallen hierbei ca. 67 Prozent und auf Kredite an Firmenkunden ca. 31 Prozent. Die Forderungen an unsere Kunden haben wir auch zum Jahresende 2014 wieder mit kaufmännischer Vorsicht bewertet. Für erkennbare bzw. latente Risiken haben wir in angemessener Höhe Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gebildet und von den entsprechenden Aktivposten abgesetzt.

Durch unsere Liquiditätsplanung konnten wir allen vertretbaren und berechtigten Kreditwünschen unserer Kundschaft entsprechen.

Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen der Gesellschaft setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr T €	2013 T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €
Anlagevermögen	250.368	248.114	281.491	366.626	427.316
Liquiditätsreserve	660.475	536.526	479.958	220.169	301.698

Die Anlagen in Wertpapieren betragen im Verhältnis zur Bilanzsumme ca. 34 Prozent. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus gedeckten Schuldverschreibungen, Anleihen öffentlicher Emittenten, staatsgarantierten Anleihen und ungedeckten Schuldverschreibungen zusammen. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde durch Zukäufe in 2014 um ca. 84 Mio. EUR erhöht. Im Wertpapierbestand enthalten ist auch ein in 2011 speziell für die Vereinigte Volksbank AG aufgelegter Dachspezialfonds. Bei diesem wurde das Investitionsvolumen in 2014 um ca. 42,0 Mio. EUR erhöht. Der Dachspezialfonds entspricht einem Spezial-Alternativen-Investmentfonds (Spezial-AIF) nach § 1 Abs. 6 KAGB und dient der Investition in verschiedene Anlageklassen (Asset-Allocation). Per Jahresende 2014 sind 275 Mio. EUR (Zeitwert) in den Fonds investiert, das entspricht ca. 30 Prozent der gesamten Wertpapierpositionen der Bank. Bei nahezu allen Wertpapieren handelt es sich um Titel von Schuldner, die innerhalb des Investment-Grade-Bereichs geratet sind; ein geringfügiges Volumen ist mit BB+ geratet. Der Anteil von Investitionen in PIIGS-Staaten bzw. Emittenten in PIIGS-Staaten beträgt 3,1 Prozent des gesamten Wertpapierbestandes bzw. 1,1 Prozent der Bilanzsumme. Die Fälligkeitsstruktur der Wertpapiere ist breit gestreut, die Investitionen dienen der Sicherung des Zinsertrages und der Liquidität.

Alle im Bestand befindlichen Wertpapiere wurden analog der Vorjahre nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Eine Umwidmung von Wertpapieren ins Anlagevermögen zur gezielten Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips erfolgte nicht. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens, welche über-pari erworben wurden und bei Fälligkeit zum Nennwert von 100 Prozent eingelöst werden, haben wir eine Anpassung der Abschreibungsmethode vorgenommen und schreiben den über-pari-Betrag (Agio) zeitanteilig über die Restlaufzeit des jeweiligen Wertpapiere ab.

Ein aktives Eigenhandelsgeschäft betreibt die Vereinigte Volksbank AG nur innerhalb der aufsichtsrechtlich festgelegten Bagatellgrenzen. Die Vereinigte Volksbank AG ist Nichthandelsbuchinstitut im Sinne von Artikel 102 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 „Capital Requirements Regulation“ (CRR).

Derivatgeschäfte

Derivatgeschäfte sind in Form von Zinsswaps, Zinscaps und Devisentermingeschäften vorhanden. Der Bestand sämtlicher derivativer Geschäfte im Eigeninteresse entfällt auf Sicherungsgeschäfte und Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuchs. Derivative Geschäfte im Kundeninteresse werden ausschließlich in Form von Devisentermingeschäften getätigt, die vollständig durch Deckungsgeschäfte geschlossen werden.

Währungsrisiko

Die Währungsgeschäfte sind insgesamt von geringer Bedeutung, sie wurden im Berichtsjahr ausschließlich im Kundeninteresse getätigt.

Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR

Die Vereinigte Volksbank AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.) angeschlossen. Mit der Zugehörigkeit zum Garantieverbund und durch Abgabe einer Garantieerklärung hat die Bank eine Garantieverpflichtung gegenüber dem BVR übernommen.

3. Finanz- und Liquiditätslage

Die Finanz- und Liquiditätslage der Vereinigten Volksbank AG war in 2014 stets geordnet. Die Liquiditätskennzahl der Liquiditätsverordnung (LiqV) wurde im gesamten Berichtsjahr eingehalten.

Neben den Mitteln aus Kundeneinlagen und bestehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei unserer Zentralbank, der DZ BANK AG, Frankfurt, haben wir insbesondere auch auf sonstige Refinanzierungsmöglichkeiten am Interbankenmarkt zurückgegriffen.

Unsere Kundeneinlagen unterliegen einer breiten Streuung. Überproportionale Großeinlagen und damit verbundene hohe Abrufisiken bestehen nicht. Auch für die kommenden Jahre sind keine besonderen Liquiditätsrisiken zu erkennen.

4. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gesellschaft haben sich in den letzten 5 Jahren wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr T €	2013 T €	2012 T €	2011 T €	2010 T €
Zinsüberschuss ¹⁾	47.878	46.042	46.434	48.768	49.921
Provisionsüberschuss ²⁾	18.307	18.085	17.375	17.589	18.244
Handelsergebnis	5	-21	13	-145	0
Verwaltungsaufwendungen	46.361	44.218	44.882	46.538	48.650
a) Personalaufwendungen	31.015	29.940	30.475	31.702	33.423
b) andere Verwaltungsaufwendungen	15.346	14.277	14.407	14.836	15.227
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	16.225	16.460	13.421	17.757	15.009
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-4.079	-2.661	-3.338	-6.458	-800
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	12.146	13.799	10.082	11.299	14.209
Steueraufwand	5.112	5.965	5.567	4.476	8.955
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	3.500	4.325	1.000	5.075	1.000
Jahresüberschuss	3.533	3.509	3.515	1.748	4.007

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12 sowie abzüglich GuV-Posten 17

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der ordentliche Zinsüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Neben dem wettbewerbsbedingten Margendruck bei den Kundenkrediten und den Kundeneinlagen ist der Zinsüberschuss durch das unverändert niedrige Zinsniveau beeinflusst. So erfolgten die Prolongationen von Kundenkrediten zu deutlich niedrigeren Zinssätzen und auch die Wiederanlage von fälligen Wertpapieren im Rahmen der Eigenanlagen mit deutlich geringeren Durchschnittszinssätzen, so dass der Zinsertrag insgesamt zurückging. Bei den Kundeneinlagen führten die Zinsanpassungen zu einem Rückgang der Durchschnittsverzinsung. Im Zinsüberschuss ist abweichend zum Vorjahr eine Ausschüttung des Dachspezialfonds „VVAG-UNIVERSAL-FONDS“ enthalten. Zudem enthält der Zinsüberschuss 2014 eine außerordentliche Position aus der vorzeitigen Beendigung eines derivativen Geschäftes, mit welcher das Zinsergebnis der Folgejahre entlastet wird. Die beiden vorstehenden Faktoren haben sich betraglich nahezu ausgeglichen.

Der Provisionsüberschuss hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Bei den Erträgen aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft wurde der Vorjahreswert leicht übertroffen. Die Erträge aus der Vermittlung von Immobilien und Bausparverträgen fielen gegenüber dem Vorjahr geringer aus. Die Erträge aus dem Versicherungsgeschäft und der Kreditvermittlung konnten gegenüber dem Vorjahr jeweils erhöht werden. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Die Personalaufwendungen haben sich unter Herausrechnung eines einmaligen Aufwandes im Vorjahr um ca. 2,0 Mio. EUR erhöht. Hierzu haben neben einer Kostensteigerung aus der tariflichen Anpassung der Gehälter und die Zahlung eines Kundenzufriedenheitsbonus an die Mitarbeiter, Einmalaufwendungen für die Anpassung von Altersvorsorgeverpflichtungen und die Beibehaltung einer erfolgsorientierten Bezahlung unserer Mitarbeiter beigetragen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind in 2014 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Neben der Berücksichtigung von Kosten für eine neue Kartenhauptsausstattung unserer Kunden sind höhere Aufwendungen insbesondere für Porto, Werbung und Datenverarbeitung enthalten. Nach einem Übergangszeitraum zur Anpassung der Beitragsbemessung für die Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR fiel der Beitrag zum Garantiefonds in 2014 höher aus.

Daneben sind Erhaltungsaufwendungen aus Umbaumaßnahmen des Bestandsgebäudes in Böblingen enthalten sowie unverändert Mietaufwendungen für die Belegung von Interimsflächen in Böblingen und Mietaufwendungen für die Hauptstelle in Sindelfingen, Gartenstraße 14, welche in 2012 an die Stadt Sindelfingen verkauft wurde. Die Dauer der jeweiligen Mietverträge ist an die Fertigstellung der Umbaumaßnahmen der Hauptstelle in Böblingen gekoppelt.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen haben sich in 2014 gegenüber dem Vorjahr verringert. Neben den planmäßigen Abschreibungen für alle im Bestand befindlichen Objekte sind bei zwei Bestandsobjekten Buchwertanpassungen an aktuelle Marktwerte berücksichtigt. Die beiden Vorjahre 2012 und 2013 enthalten Anpassungen der Abschreibung des Gebäudes der Hauptstelle in Böblingen an die geänderte Restnutzungsdauer in Folge des teilweisen Rückbaus der Altsubstanz.

Der Bewertungsaufwand liegt über dem des Vorjahres. Aus der Bewertung der Kundenforderungen resultiert erneut ein Ertrag, der über dem des Vorjahres liegt. Die Dotierung der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB wurde gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Der Bewertungsaufwand für die Wertpapiere entspricht dem des Vorjahres. Der gesamte Wertpapierbestand wurde auch in 2014 nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens wurden die über pari liegenden Anschaffungskosten darüber hinaus erstmalig linear über die Restlaufzeit verteilt abgeschrieben. Die Fortführung dieser Bewertungsmethode entlastet das Bewertungsergebnis in den Folgejahren.

5. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Mit der geschäftlichen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Vereinigten Volksbank AG sind wir insgesamt zufrieden.

Bei den bilanziellen Kundenkrediten konnten wir auf Grund der unverändert hohen Nachfrage nach Wohnbaufinanzierungen und gewerblichen Finanzierungen erneut einen Zuwachs verzeichnen.

Die bilanziellen Kundeneinlagen konnten gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, wobei die täglich fälligen Einlagen auf Grund der jederzeitigen Verfügbarkeit sowohl von Privatkunden als auch von gewerblichen Kunden deutlich präferiert wurden.

Das Wachstum bei den bilanziellen Kundenkrediten und Kundeneinlagen ist sehr erfreulich, führte auf Grund des verändert hohen Wettbewerbs bei einem historischen Niedrigzinsumfeld aber auch zu einer Verengung der Margen.

Aus dem Dispositionsgeschäft haben wir auch in 2014 einen positiven Ergebnisbeitrag generiert.

Der Zinsüberschuss hat sich trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und des anhaltenden Margendrucks günstiger als erwartet entwickelt.

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Ein wesentlicher Bestandteil hierbei sind die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften und die Erträge aus dem Zahlungsverkehr.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Neben der tariflichen Anpassung der Gehälter sind einmalige Aufwendungen für die Anpassung von Altersvorsorgeverpflichtungen enthalten. Die anderen Verwaltungsaufwendungen fallen in 2014 gegenüber dem Vorjahr höher aus. Hierbei sind neben höheren Aufwendungen für den Garantiefondsbeitrag, für Porto, für die Datenverarbeitung und eine Kartenhauptausstattung, Sonderfaktoren aus den Umbaumaßnahmen der Hauptstelle Böblingen enthalten.

Mit dem Bewertungsergebnis sind wir zufrieden. Bei der Bewertung unseres Kundenkreditgeschäftes ergeben sich per Saldo keine Belastungen, die Bewertung fällt daher in 2014 insgesamt erneut positiv aus. Bei der Bewertung unseres Wertpapierbestandes haben wir bei den Wertpapieren des Anlagevermögens die Möglichkeit genutzt, über-pari-Wertpapiere linear über die Restlaufzeiten abzuschreiben.

Das insgesamt gute Ergebnis ermöglichte es uns, im Jahresabschluss per 31. Dezember 2014 im Rahmen des Zulässigen gestalterisch dahingehend tätig zu werden, die künftigen Jahre aufwandsmäßig zu entlasten.

Das Ergebnis nach Ertragsteuern ermöglicht uns die Zahlung einer Dividende von 1,75 EUR zuzüglich eines Bonus von 0,25 EUR je Aktie an unsere Aktionäre. Der Bonus ist Ausdruck eines ertragsmäßig erfreulichen Verlaufs des Geschäftsjahres 2014.

Zur Stärkung unseres bilanziellen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals haben wir darüber hinaus eine Einstellung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken vorgenommen. Diese Maßnahme ist Bestandteil unserer vorausschauenden und kontinuierlichen Umsetzung der neuen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung gemäß CRR. Daneben erfolgte eine Dotierung der Reserven nach § 340 f HGB.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Am 15. Januar 2015 hat die Schweizerische Notenbank (SNB) den seit dem Jahr 2011 eingeführten Mindestkurs des Franken zum Euro in Höhe von 1,20 unerwartet aufgehoben.

Die Bank unterhält nahezu keine offenen Positionen in Schweizer Franken und ist daher von dieser Maßnahme nicht berührt. Für die Bewertung des Kundenkreditportfolios ergeben sich für die Bank keine relevanten Auswirkungen.

IV. Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Allgemeine Entwicklung

Als regional tätige und genossenschaftlich geprägte Bank sind wir auch in 2015 und 2016 vielen verschiedenen Einflussfaktoren ausgesetzt. Eine weiterhin anhaltende Niedrigzinsphase, sowie das Verhalten und die Erwartungen unserer Kunden werden unsere geschäftliche Entwicklung ebenso beeinflussen wie die zunehmende Digitalisierung, der demografische Wandel und das stetig zunehmende Ausmaß an Regulatorik. Tendenziell wirken sich diese Faktoren aufwandserhöhend bzw. ertragsmindernd aus.

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Bei unverändert hohem Wettbewerb werden wir unseren Fokus weiterhin auf eine hohe Beratungsqualität, die Ausschöpfung vorhandener Kundenpotenziale und eine gezielte Neukundengewinnung legen.

Für das Kundenkreditgeschäft planen wir in 2015 insgesamt ein Wachstum von 5,2 Prozent ein. Bei den Firmenkunden erwarten wir die Inanspruchnahme eingeräumter Kreditlinien und die Nachfrage nach Investitionskrediten. Zugleich möchten wir bonitätsstarke Unternehmen als Neukunden hinzugewinnen. Bei den Privatkunden rechnen wir bei anhaltend niedrigem Zinsniveau und hoher Präferenz für Wohnimmobilien mit einer weiteren Nachfrage nach Krediten für den Bau und den Erwerb von Wohnungseigentum.

Für die Entwicklung der Kundeneinlagen haben wir für 2015 in Summe ein Wachstum von 2,3 Prozent eingeplant. Für 2016 gehen wir sowohl für das Kreditgeschäft als auch für das Einlagengeschäft von leicht niedrigen Wachstumsraten aus.

Entwicklung der Ertragslage

In 2015 und 2016 wird das niedrige Zinsniveau eine der zentralen Herausforderungen bleiben. Konstant niedrige Zinsen werden 2015 und 2016 weitere Rückgänge des Zinsüberschusses zur Folge haben. Bei den Kundenkrediten und den Eigenanlagen werden Wiederanlageeffekte zu rückläufigen Zinserträgen führen. Durch den unverändert hohen Wettbewerb wird bei der Verzinsung der Kundeneinlagen die Beibehaltung einer Schwelle zur Minusverzinsung die Folge sein.

Das Zinsänderungsrisiko wird auf Grundlage der dynamischen Zinselastizitätsbilanz unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien ermittelt. Bei einer unverändert verzinslichen Bilanzstruktur ergeben sich beim Szenario „konstantes Zinsniveau“ für 2015 und die Folgejahre Wiederanlagerisiken, welche den Zinsüberschuss belasten werden. Durch Volumenssteigerungen sind wir bestrebt, diese Zinseffekte zumindest teilweise zu kompensieren.

Bei dem Provisionsüberschuss planen wir in 2015 eine leichte Steigerung ein, insbesondere bei den Erträgen aus der Vermittlung von Versicherungen und von Bausparverträgen sowie Erträgen aus der Führung von Giro- und Depotkonten. Die anhaltende Unsicherheit über die Entwicklung der Finanzmärkte und gestiegene gesetzliche Anforderungen an die Beratungsleistungen von Banken werden auch in den kommenden Jahren keine wesentlichen Steigerungen im Wertpapierdienstleistungsgeschäft ermöglichen.

Für 2015 und 2016 gehen wir von einer moderaten Erhöhung des Verwaltungsaufwandes aus. Lohnsteigerungen aus Tarifabschlüssen werden die Personalaufwendungen und allgemeine Preissteigerungen die anderen Verwaltungsaufwendungen leicht ansteigen lassen. Die Umbaumaßnahmen in der Hauptstelle Böblingen werden die Höhe der Verwaltungsaufwendungen auf Grund der Interimsmietten in 2015 noch beeinflussen.

Wir erwarten für 2015 und 2016 im Wesentlichen eine konstante Relation zwischen ordentlichen Aufwendungen und Erträgen.

Für die Bewertung der Kundenkredite planen wir wie in den Vorjahren einen kalkulatorischen Nettoaufwand von 7,1 Mio. EUR ein. Bei der Bewertung der Eigengeschäfte rechnen wir mit keinen außergewöhnlichen Risikobelastungen.

2015 und 2016 gehen wir von einem Jahresergebnis aus, welches uns die Zahlung einer Dividende von 1,75 Euro je Aktie sowie die qualitative und quantitative Stärkung unseres Eigenkapitals ermöglicht.

V. Zweigniederlassungen

Calwer Volksbank, Zweigniederlassung der Vereinigten Volksbank AG
Liebenzeller Bank, Zweigniederlassung der Vereinigten Volksbank AG

Vorschlag für die Gewinnverwendung

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 3.533.472,00 – unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 60.632,00 (Bilanzgewinn von EUR 3.594.104,00) – wie folgt zu verwenden:

	€
Ausschüttung einer Dividende von 1,75 EUR je Aktie = 6,84 % *	3.144.841,00
zzgl. Bonus von 0,25 EUR je Aktie = 0,98 % *	449.263,00
Gesamtdividende von 2,00 EUR je Aktie = 7,82 % *	3.594.104,00

(* jeweils bezogen auf den rechnerischen Nennwert einer Stückaktie)

Sindelfingen, 26. Februar 2015

Vereinigte Volksbank AG

Der Vorstand



Wolfgang Klotz
Vorsitzender



Karlheinz Sanwald
stv. Vorsitzender



Oswald Fiorini



Günther Wainowski

Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014



Das im Geschäftsjahr 2014 durch die Vereinigte Volksbank erwirtschaftete **Ergebnis** wird durch den Aufsichtsrat vor dem Hintergrund des aktuellen Marktumfelds, der anhaltenden Niedrigzinsphase und der sich wandelnden Rahmenbedingungen im Bankgeschäft als erfreulich bewertet. Die **rechtlichen Rahmenbedingungen** für Banken sind seit der Finanzkrise deutlich verschärft worden, wobei sich die Regierungspartner für die Berücksichtigung der Besonderheiten des dreigliedrigen Bankensystems einsetzen. Hierbei übernehmen gerade die **Genossenschaftsbanken** eine wichtige Rolle für die Finanzmarktstabilität und die Mittelstandsfinanzierung. Die in Umfang und Intensität aktuell beispiellose Regulierung von Banken verursacht erhebliche Komplexität und Kosten, die sich auch im Jahresergebnis niederschlagen. Hier sollte eine ausreichende Differenzierung und Proportionalität hinsichtlich der Bedeutung

des Instituts, Art und Umfang der Geschäfte und der Risikolage bzw. der Qualität des Risikomanagements vorgesehen werden.

Im Zuge der Umsetzung von Basel III hat das CRD-IV-Umsetzungsgesetz einen neuen, ab 2014 geltenden Anforderungsrahmen für den Aufsichtsrat gebracht. Der § 25d KWG bringt neue gesetzliche **Anforderungen an Aufsichtsräte** mit sich. Dies betrifft sowohl Anforderungen an das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats, aber auch an den Aufsichtsrat als Gremium. Die materiellen Anforderungen an die Sachkunde sollen sicherstellen, dass Aufsichtsratsmitglieder die von der Bank getätigten Geschäfte verstehen und deren Risiken auch beurteilen können. Daneben müssen Aufsichtsratsmitglieder zuverlässig sein und dürfen sich keinen persönlichen Interessenskonflikten aussetzen. Zudem besteht die Anforderung, der Amtswahrnehmung ausreichend Zeit zu widmen. Im Zuge der Anforderung an die Vielfalt im Gremium wurde Ende 2014 ein Gesetzesentwurf für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen veröffentlicht. Hinsichtlich der Erweiterung der Anforderungen steht das Rad nicht still, in 2015 wird das Merkblatt zur Kontrolle der Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen einer weiteren Aktualisierung unterzogen.

Der **Aufsichtsrat** hat den Vorstand bei der Bewältigung der Aufgaben und Herausforderungen des Jahres 2014 mit all seinen Kräften unterstützt - durch Fragen, Diskussionen zu aktuellen Ereignissen und geschäftspolitischen Themen, Beratung und Beschlussfassung von zustimmungspflichtigen Geschäften gemäß Gesetz und Satzung und geplanten Investitionen der Bank. Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand war geprägt von einem offenen Informationsaustausch und einem konstruktiven Miteinander, mit dem Ziel, gute Lösungen für **die Bank** zu finden.

Auch im vergangenen Jahr 2014 wurde das **Regelwerk** der Bank aktualisiert: Die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Die Governance-Regeln wurden überarbeitet und neu verabschiedet. Das Qualifikationskonzept für den Aufsichtsrat wurde weitergeführt.

In der **Zusammensetzung des Aufsichtsrats** gab es 2014 keine personellen Veränderungen. Turnusmäßig war die Amtszeit einiger Aufsichtsratsmitglieder auf Anteilseignerseite abgelaufen. Meine Person, Dr. Joachim Beckmann, sowie Herren Manfred Brodbeck und Claus-Dieter Eberwein wurden für eine Wiederwahl vorgeschlagen und von der Hauptversammlung am 7. Mai 2014 für eine weitere Amtsperiode gewählt. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Bereitschaft, weiter im Aufsichtsrat mitzuwirken und sich für die Bank einzusetzen zudem bei Ihnen, liebe Aktionärinnen und Aktionäre, für das entgegengebrachte Vertrauen. In der anschließenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrates wurden keine Veränderungen bei der Besetzung des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse vorgenommen.

Im vergangenen Jahr wurden sieben ordentliche **Aufsichtsratssitzungen** mit Beteiligung des Vorstands einberufen. Außerdem fand im Februar eine eineinhalbtägige Klausurtagung statt, in der die umfassenden Jahresberichte entgegengenommen und inhaltlich komplexere Themen mit der erforderlichen Tiefe besprochen wurden. Zudem wurde ein Berichtsabend mit ausschließlich informativem Charakter abgehalten.

Satzungsgemäß hat der Aufsichtsrat der Bank **Ausschüsse** gebildet, denen auch Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrates gemäß Geschäftsordnung zum Teil übertragen wurden. Zeitnah und detailliert wurde aus den Ausschüssen heraus über die Inhalte und Ergebnisse im Gesamtplenium berichtet.

In vier Sitzungen hat der **Präsidiums- und Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats** den Vorstand im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig bei geschäftspolitischen Themen beraten.

Der **Personal- und Vergütungskontrollausschuss** hat sich im Rahmen seiner Beratungsaufgabe zu drei Sitzungen zusammengefunden. Unter anderem haben die Ausschussmitglieder eine Empfehlung zur Beschlussfassung der Vorstandsvergütung durch das Gesamtplenium erarbeitet und das Tantiemesystem weiterentwickelt. Zudem wurden die Versorgungszusagen mit einer Rückdeckung versehen und die Rückstellungsparameter angepasst. Weiterhin hat sich der Ausschuss mit den Anforderungen an die Bezahlungssysteme gemäß Institutsvergütungsverordnung (IVV) befasst. An Vorstandsangelegenheiten stand die Beratung zur Verlängerung des Anstellungsvertrages für das Vorstandsmitglied Oswald Fiorini an. Der Vorstandsvertrag läuft im Juni 2015 aus und wurde auf Empfehlung des Personal- und Vergütungskontrollausschusses durch Beschlussfassung des Aufsichtsrates auf weitere fünf Jahre verlängert.

Dem **Kreditausschuss** wurden in zehn Sitzungen nach Gesetz und Satzung der Bank vorlagepflichtige Engagements vorgetragen und zur Entscheidung vorgelegt. Die Mitglieder des Kreditausschusses haben die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Der **Prüfungs- und Risikoausschuss** hat in 2014 in sechs Sitzungen getagt. Die Ausschussmitglieder haben schwerpunktmäßig die Risikoberichte der Bank zum Quartal besprochen und hinterfragt und sich mit den Prüfungsberichten der Bank befasst. Die Wirtschaftsprüfer der Audit GmbH haben mit dem Prüfungs- und Risikoausschuss ihre Prüfungsberichte besprochen und Fragen aus dem Gremium beantwortet. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns wurden geprüft. Die Ergebnisse der vorgenommenen Prüfungen ergaben keine Beanstandungen. Der Prüfungs- und Risikoausschuss hat seine Erkenntnisse umgehend dem Gesamtaufichtsrat zur Vorbereitung dessen Prüfung und Beschlussfassung weitergegeben. Der Gesamtaufichtsrat hat nach eigener Prüfung keine Bedenken geäußert. Das Gleiche gilt für die in 2014 routinemäßig durchgeführte Depotprüfung gemäß § 29 KWG, sowie der gleichzeitigen Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte nach § 36 WpHG.

Ein weiterer Hauptpart der Arbeit in den Ausschüssen lag letztes Jahr beim **Bauausschuss**, der aufgrund diverser Bauvorhaben mit Schwerpunkt in Böblingen und Sindelfingen im Rahmen von sechs Sitzungsterminen in Anspruch genommen war.

Der vorliegende **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014** mit dem Lagebericht ist durch die Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die verantwortlichen Wirtschaftsprüfer der Audit GmbH haben an der Jahresschlussitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 12. März 2015 teilgenommen. Sie haben über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet und Auskunft erteilt. Der Aufsichtsrat hat in dieser Sitzung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag der Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Meinen Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat, den Herren vom Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich in meiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender für die geleistete engagierte Arbeit im vergangenen Jahr. Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg bei den Aufgaben des Jahres 2015.

Die sich gravierend verändernden Rahmenbedingungen im Bankgeschäft werden uns auch in Zukunft weiter fordern, unser Bestes zu geben. Ihnen, sehr verehrte Kunden und Aktionäre, versichere ich im Namen des gesamten Aufsichtsrats, dass die Vereinigte Volksbank mit der genossenschaftlichen Beratung weiterhin Ihr Ansprechpartner für alle Finanzgeschäfte und Rückhalt der Region sein wird.

Sindelfingen, den 12. März 2015



Dr. Joachim Beckmann
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Rückhalt spüren durch Nähe zu den Menschen in der Region. Wir kümmern uns gerne um Ihre finanziellen Angelegenheiten. Entweder persönlich in unseren Filialen oder im Internet unter www.diebank.de

43x vor Ort
sind wir die Bank
in Ihrer Nähe



Wo Sie sind, ist auch die Bank

**Vor Ort
in Ihrer Nähe:**

**Oder Online –
innovativ, sicher,
einfach:**



- Internetportal www.diebank.de
- Online Banking / Brokerage
- Mobile Banking / Brokerage
- viele Banking & Service Apps

www.diebank.de/banking



Impressum

Verantwortlich
 Vereinigte Volksbank AG
 Öffentlichkeitsarbeit
 Postfach 360
 71045 Sindelfingen
 Telefon: 07031 864-0
 Telefax: 07031 864-9980
www.diebank.de
info@diebank.de

Konzeption & Layout
 VRKOM Werbeagentur GmbH
 Alt-Württemberg-Allee 89
 71638 Ludwigsburg
 Telefon: 07141 6496 330
www.vr-kom.de
info@vr-kom.de

Druck
 Druckerei Mack GmbH
 Siemensstr. 15
 71101 Schönaich
 Telefon: 07031 755900
www.druckerei-mack.de
info@druckerei-mack.de



Postfach 360 · 71045 Sindelfingen
info@diebank.de · www.diebank.de

Hauptstelle Böblingen
Friedrich-List-Platz 1
71032 Böblingen

Hauptstelle Schönaich
Wettgasse 38
71101 Schönaich

Hauptstelle Weil der Stadt
Paul-Reusch-Straße 8
71263 Weil der Stadt

Hauptstelle Sindelfingen
Gartenstraße 14
71063 Sindelfingen

Hauptstelle Calw
Lederstraße 56
75365 Calw